









O II 9/60

# Gewerbeblatt

## Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der  
Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

X XXII. Jahrgang

Berlin, 6. Januar 1928

Nummer 1

1125

### Inhaltsverzeichnis

Rückblicke auf das Jahr 1927 . . . . .	G. D.
Wirtschaftsjahr 1927 . . . . .	Fr. Ol.
Zur Frage der Unterstellung unter die Angestelltenversicherung . . . . .	J. G.
Volkstümliche Naturwissenschaft . . . . .	W. Bülau
Die Sachsen zum Kurzus in Buckow . . . . .	G. Bünische
Polizeistrafen gegen Arbeitgeber zur Erzwingung von Betriebsratswahlen . . . . .	Fr. B.
Die GEG. übernimmt die größte Fleischwarenfabrik Europas . . . . .	
Unsere Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk Rheinland . . . . .	h.
Wirtschaftsbeihilfe,achtstundentag und Lohnausgleich in Baden . . . . .	
Die Eiserne Fersie I . . . . .	G. R.
Die Maschinenstürmer . . . . .	
Naturwissenschaft • Aus der Sprachpraxis • Landstrafenwärter • Aus unserer Bewegung • Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Reparation: Berlin 50, 36, Silesische Straße 42 - Telefon: Moritzplatz 3105/06, 11044

**G. Monzertaten**  
berücksichtigt wir Rennfahrer &  
langstreckige Anstrengungen. P.  
**Schäfer aller Art**  
Postkarte Nr. 203 gratis.  
Offiz. A. Stein & Co.  
Nürnberg, Rennweg 1

**Ia Cyder**  
portweinähnlich. Frucht-  
wein, feurig ab 10  
Ltr. RM. 8,- franko  
jeder Bahnstation.

**R. Guercke**  
Gießen-Zarkau  
Gegründet 1865

**EISCH-MAUL-BEUTICH**, Kinder-  
bersten, Stahlmautzen, günstig an Private. Katal.  
147 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

**Käse** postfrei  
ins Haus!  
Kugelkäse, Edamer, auf  
Form, 2 Käpfe, ca. 9 kg 5.40  
Tafelkäse, Brot: nor-  
form, 2 Stück, ca. 9 kg 5.40  
Zurücknahme wenn nicht gefallen!  
Gustav Westphal  
Altona 724 Hamburg

Unsermann beste Begegnung ist  
**billige böhmische Bettfedern!**

1 Pfund graue, gute ge-  
schliffene Bettfedern 60 Pf.  
bessere Qualität 70 Pf.  
halbwellige, flauschige 1.20 Pf.  
und 1.40 Pf. weiße, flau-  
schige geschliffene 1.70 Pf.  
2 Pf. 2.90 Pf. 3. Pf. schmale, achtzähnige  
Sälfslam-Herrschäftsleder 4. Pf. 5. Pf.  
6. Pf. Graue Halbdauinen 2.75 Pf. Rupi-  
leder, ungeschliffen mit Stamm geimpft, halb-  
wellige 1.75 Pf. weiße 2.40 Pf. 3. Pf. alter-  
steiner Hammarskjöld 3.50 Pf. 4.50 Pf. Verband  
leder beliebigen Mengen gelößt gegen Nachnahme  
von 10 Pf. an franko. Umtausch geträgt oder  
Geld zurück. Duster und Preisliste kostenlos.  
G. Benisch, Bettfedernvertrieb in Praha XI. Böhmen.

**Lassen Sie sich  
nicht verblüffen**

durch marktschreierische  
Reklame, sondern ver-  
langen Sie, wenn Sie eine

**Nähmaschine**  
oder  
**Sprechmaschine**

benötigen, unsern Katalog  
gratis und franko

Fahrradhaus Frischau, Offenbach a. M.  
Eigenum des Arbeiter-Radiährer-Bundes Solidarität

**Raucht GARBÁTY**  
**Baccarat** 5

Hust., Verschleim,  
noch so narbig, alte

**Katarrhe**  
**Asthma** (F.)

Jeder dankt mir!  
AUSKL. der Rückpto.  
Karl Schulze,  
Wernigerode - N. Harz 82

Heimarbeitvergibt  
P. Holter, Brestauft.

**Blumenspenden**

Jed. Art lief. frei Haus  
preiswert an Partei- u.  
Gewerksch. Genoss.

**Paul Gollatz**  
Berlin, Mariannenstr. 3  
Amt. Moritzplatz 103-1

# SELBSTVERGIFTUNG

d. h. Gift im Blut ist die naturnotwendige Folge einer mangelhaften Ausscheidung verbrauchter Stoffe aus dem Körper. Die schädlichen Giftstoffe, die sich fortwährend im Blut anhäufen, besonders die giftige Harnsäure, sind die Ursachen vieler Krankheiten und entzündlicher Zustände unserer Organe, ferner Stauungserscheinungen, d. h. aller durch Blutstauung hervorgerufener Leiden, die eine Folge schlechter Blutmischnung sind, wie

Gicht, Rheumatismus, Unterleibserkrankungen.

Erkrankung des Herzens, der Nieren, Blase und Blutgefäße, Herz- und Nervenleiden, Migräne, Schlaflosigkeit, sowie Hauterscheinungen, Neigung zu Geschwürbildung, Hämorrhoiden, Flechten, Fettleibigkeit, Darmtrügheit, Stuholverstopfung, Gallen- und Leberleiden.

Ein völlig natürliches Mittel zur Entgiftung des Blutes und daselbe von den vorhandenen Harnsäuremengen zu befreien oder diese auszuweichen, ist unser bekannter Philippsburger herbaria-Blutentgiftungs- und Entzäuerungstee "Radikal", durch dessen Gebrauch man alle Leiden bekämpfen und die Herabbildung fränkischer Zustände befreien verhüten kann. Er regt die Verdauungs- und Ausscheidungsorgane zu regerer Tätigkeit an, wodurch die der Gesundheit lehrlässlichen Stoffwechselstörungen (verbrauchte Säfte usw.) aus Blut, Darm und Leber auf angenehme, natürliche Art entfernt werden und eine wohltümliche Erfrischung des ganzen Körpers eintritt.

Gicht, Rheumatismus. Nierens- und Nervenschmerzen werden durch eine Frühjahrskur mit diesem Tee sehr günstig beeinflußt, indem er den Harnsäureüberschub in Lösung zu erhalten geeignet ist und die überschüssige Harnsäure durch Niere und Blase ausscheidet, damit sie sich nicht in den Gelenken ablagert, wodurch die gefürchteten Schmerzen entstehen. Unser Philippsburger herbaria-Radikal-Blutentgiftungs- und Entzäuerungstee wirkt entgiftend auf Blut und Harn und führt durch den Urtic oft ganze Stoffe aus dem Körper. Nach einer solchen Kur fühlt man sich fast wie neu geboren. Vieles in der Entstehung begriffenen Krankheiten wird vorgebeugt, weil den Leidern die Grundlage zur Entwicklung durch eine saubere Entgiftungskur genommen wird.

Als Beweis für die gute Wirkung dieses Tees führen wir nachstehend einige Anerkennungsschreiben an. Bitte lesen Sie:

Nachdem ich die letzte Sendung ziemlich verbraucht habe und sich mein Gesundheitszustand zusehends gebessert hat, bitte ich um weitere Bezeichnung von 2 Paketen Blut- und Nervenentzäuerungstee, 2 Paketen Johanniskraut und 3 Paketen Blutentgiftungstee Nr. 19, wie gehobt. Ich lege großen Wert darauf, daß der Tee Nr. 19 nicht vergessen oder verwechselt wird, da ich vor allem diesem Tee die kolossale Beliebtheit zuschreibe.

Bitte senden Sie mir wiederum 2 Pakete Radikal-Blutentzäuerungs- und Entzäuerungstee gegen Flechten und Gesichtsunreinigkeiten. Das erste Paket hat gut gewirkt. Das zweite hat nachgetanzt, es ist eine alte nasse Flechte.

Bitte senden Sie mir nochmals 3 Pakete von Ihrem Radikal-Blutentzäuerungstee, über welchen ich mein Lob aussprechen muß. Habe mein drei Jahre altes böses Beinleiden durch diesen Tee geheilt, will ihn aber noch weiter trinken.

Senden Sie mir noch 2 Pakete Blutentgiftungstee, denn dieser hat mich wirklich von meinen Hautunreinigkeiten befreit.

gez. Charlotte Hoppel, Eberswalde. 18. 7. 22.

Der Kauf von Kräutertees und insbesondere Blutentzäuerungstee ist bestrebt. Eine Menge unfruchtbaren zusammengelebten Tees werden angeboten. Verlangen Sie nur die alten bekannten echten Philippsburger herbaria-Radikale und lehnen Sie jeden Erlauf, der Ihnen als ebenso gut oder besser aufgeregert wird, energetisch ab.

Der echte Philippsburger herbaria-Radikal-Blutentzäuerungs- und Entzäuerungstee kommt nur in geschlossenen großen Originalpäckchen à 1 Pf. 3,- per Paket in den Handel und kann bei uns direkt bestellt, wie auch durch unsere Niederlassungs-Apotheken bezogen werden. Für eine Kur rechnet man 3-6 Pakete pro Person.

Unsermhersteller: herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg B. 315 (Baden). Kräuterbuch mit Kreisliste und Niederlassungsverzeichnis gratis.

7. 1057.

XXXII. Jahrgang

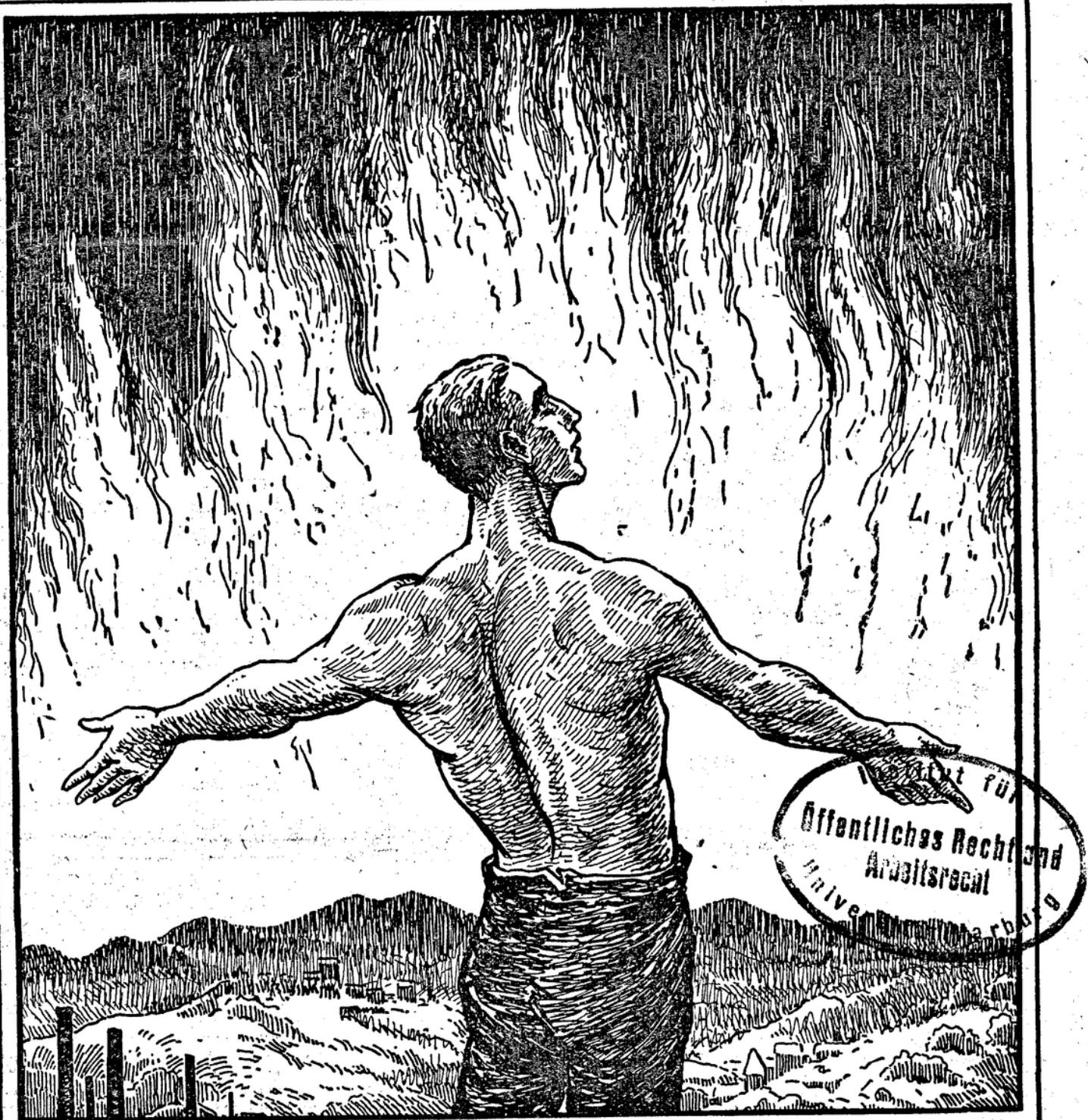
Berlin, den 6. Januar 1928

O. Tylor.

Nummer 1

# Öffentlichkeitskraft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



## Zur Jahresende

Ein Funke erglomm einst in finsterner Nacht,  
Der Funke der Freiheit, zur Flamme entfacht  
Durch das brausende Rauschen der Zeiten.

Mög' lodern die Flamme im kommenden Jahr,  
Zu leuchten der Menschheit so hell und so klar  
Und der Knechtschaft ein Ende bereiten!

Klimisch

# Rückblicke auf das Jahr 1927

## I. Allgemeines und Politisches.

**S**ein mehr denn zwei Jahrzehnten haben wir an dieser Stelle regelmäßig zu Beginn des Jahres versucht, einen Überblick zu gewinnen über die politische, wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung des verflossenen Jahres sowie über die daraus sich ergebende Nutzanwendung für die Gewerkschaften, insbesondere für unsere Organisation. Bei der im Automobiltempo an uns vorübersausenden Zeit wird es dem einzelnen immer schwieriger, sich der gleich- und ähnlichartigen Vorgänge, selbst bei kürzeren Zwischenräumen, auch nur zu erinnern, so daß allgemeines Urteil wie Werturteil gar zu leicht hin- und hergezerrt werden und die Gefahr besteht, daß man aus wichtigen Vorgängen der Vergangenheit weder für Gegenwart noch Zukunft die notwendige Lehre zieht. Wohl ist richtig, daß jeder Vorgang in seiner Art vereinzelt bleibt und nur bedingt Wert für die Anwendbarkeit in der Gegenwart besitzt. Um aber überhaupt Stellung nehmen zu können zu den einzelnen Dingen und sich nicht nur aus Zeitung und Zeitschrift für den Tag oder für die Woche informieren zu lassen, ist erforderlich, daß man in der Beurteilung der Vorgänge sich ein möglichst klares Bild schafft. Dieses klare Bild ist im Moment des Geschehens selten so ausgeprägt, wie etwa schon nach einigen Wochen oder Monaten. Von diesem Gesichtspunkte aus möchten wir aber unsere Leserschar bitten, uns zu folgen in den kurzen Betrachtungen, die sich auf das verflossene Jahr beziehen.

Beginnen wir mit dem Politischen. Das Jahr 1927 setzte übel ein. Bereits Ende Januar kam nach vielwöchentlichem Feilschen die Bürgerblockregierung zustande, unter der insbesondere die Arbeiterklasse heute noch schwer leidet. Der „unmögliche Keudell“, ein Verlegenheitskandidat der Deutschnationalen, wurde Innenminister. Wir haben neben dem Vertrauensvotum durch den Reichskanzler Marx und der zustimmenden Zentrumserklärung im Reichstag eine Anzahl so merkwürdiger Entgleisungen dieses Herrn erlebt, daß die preußische Regierung einmütig (also alle drei Koalitionsparteien) bis in die jüngsten Tage hinein in starker Mafe ihren Protest gegen diesen eigenartigen Herrn zum Ausdruck gebracht hat.

Der Bürgerblock hat inzwischen bewiesen, daß er etwas kann! Nämlich die Erhöhung der Zölle auf Weizen, Kartoffeln (letztere gleich um 100 Proz.), Fleisch usw. Das war die vornehmste Aufgabe der Deutschnationalen, sich wieder an die Futterkrippe zu setzen, um nach alter Junkermanier der Großlandwirtschaft zu geben, was ihr „gehört“. Daß dies auf Kosten der breiten Massen des Volkes (Arbeiter, Angestellte und Beamte) vor sich ging, spielt für die Herren keine Rolle, wenigstens nicht im Jahre 1927. Da wir nun aber 1928 schreiben und im Wahljahr für Landtag und Reichstag stehen, dürfte den Herren doch schon ein klein wenig das Bangen gekommen sein, wie sich aus ihren Zeitungen erschen läßt.

Aber die Schwerindustrie wollte natürlich nicht zurückstehen, und wie immer sich diese beiden Wirtschaftsgruppen (Landwirtschaft und Industrie) trotz vielfacher Gegensätze gut verständigt haben, so auch in diesem Fall. Das begann eigentlich schon bei den sozialpolitischen Anträgen im Reichstag, die fast alle bei der dritten Etatberatung abgelehnt wurden, während die Steuer der Großindustrie und der Bevölkerung gesenkt worden ist.

Daß daneben auch noch eine große Aktion der deutschen Industrie gegen die Steuerfreiheit der kommunalen Werke einzog, und nach der Novemberdenkschrift von 1926 das ganze Jahr einen unausgesetzten Vorstoß gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden aufweist, ist auch so eine Begleiterscheinung, die unseren gesamten Kollegen zu denken geben sollte. Diese Dinge haben sich sogar zu einem deutschnationalen Gesetzentwurf gegen die privatwirtschaftliche Betätigung der Gemeinden verdichtet, der allerdings noch der Erledigung harrt. Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, daß im neuen Jahre die Deutschnationalen noch einige andere Sorgen haben werden als diese. Dafür hat aber Dr. Schacht seit vielen Monaten ein übriges getan und in Konsequenz der Denkschrift der Industriellen nicht nur gegen den „Lugus“ der Städte und Gemeinden gewettet, sondern auch gegen die Kreditsicherheit überhaupt gegen die öffentlichen Werke ganz allgemein. Zwar ist nachträglich einiges davon abgemildert worden; aber es bleibt doch bestehen, daß der Reichsbankpräsident ein übelwollender Beurteiler der öffentlichen Wirtschaft ist. Insofern kann man ohne Übertreibung sagen, daß er sich ins Schlepptau der Schwerindustrie nehmen ließ, deren Denkschrift ihm die Unterlage für seine ungerechtfertigten Angriffe gegeben hat.

Daß die Innenpolitik in Deutschland auch sonst einen vollständig rückwärtsgerichteten Kurs einschlug, beweist der Reichsschulgesetzentwurf, der zwar die zweite Lesung erst passiert hat, wenn es aber nach dem Willen des jetzigen Reichstages geht, dann wird auch dieses, man möchte sagen, um mindestens fünf Jahrzehnte rückständige Monstrum, Gesetz. Es bedarf außerordentlicher Wachsamkeit der Oppositionsparteien im Reichstag, um das zu verhindern. Die einzige, etwas schwache Hoffnung ist, daß angesichts der Reichstagswahlen doch eine endgültige Entscheidung von diesem Reichstag aufgehalten wird.

Geht man nun den sozialpolitischen Dingen im einzelnen nach, so ist es zunächst das Arbeitszeitnotgesetz, das am 1. Mai in Kraft trat, und einen 25prozentigen Überstundenzuschlag nach acht Stunden ab 1. Juli brachte, aber den Zehnstundentag zuläßt. Immerhin wurde durch § 7 die bisherige Arbeitszeitverlängerung im alten Gesetz insofern erheblich aufgelockert, als es wenigstens den Arbeitern in der Schwerindustrie, in Gas-, Eisenfabriken usw. und in der chemischen Industrie möglich wurde, den Achtfundamenttag nun wieder gesetzlich zu erreichen. Aber da steht das deutsche Unternehmertum, sabotiert dieses Gesetz ein halbes Jahr lang, und alle Konzessionen auf moratolange Vorbereitungsmöglichkeiten zur Umstellung der Wirtschaft wurden unbeachtet gelassen. Jetzt bildet sich die unerhörte Situation, daß kurz vor Weihnachten die Schwerindustrie erklärt, mehr denn zweihundert ihrer größten Werke still zu legen, wenn das Gesetz in Kraft trete. Der Reichsarbeitsminister Brauns hat dem Unternehmertum zwar Konzessionen gewährt, aber im übrigen auf der Durchführung des Dreischichtensystems ab 1. Januar 1928 bestanden. Durch Tarifverhandlungen und Schiedsgerichtsentscheide ist in diesen Dingen ein vorläufiger Abschluß geschaffen. Man kann wohl sagen, daß leider nicht das erreicht wurde, was die Arbeiter als ein Minimum an Sozialpolitik vom Reiche fordern könnten. Wenn jemals eine moralische Belastung für den Bürgerblock aufzuweisen ist, so in diesem Fall.

Die Gemeinden haben im letzten Jahre eine ziemlich große Rolle in der allgemeinen und öffentlichen Politik ge-

spielt. Ihre finanzielle Notlage ist vielfach übertrieben dargestellt worden unter dem Gesichtspunkte, mehr vom Reiche zu erhalten. Das Reich wiederum denkt nicht daran, einen anderen „Schlüssel“ in bezug auf die Steuerverteilung für Länder und Gemeinden herbeizuführen. Da die Länder, insbesondere — Bayern — in einer noch größeren Notlage sich befinden als die Gemeinden, so ist der Gedanke etwas greifbarer geworden zum deutschen Einheitsstaat. Preußen geht in dieser Beziehung jetzt wirklich voran. Leider folgt Bayern nicht hinterher, selbst aus dem Freistaat Sachsen sind die Stimmen noch allzu zaghaft, die für einen Zusammenschluß eintreten. Wir könnten uns sehr wohl denken, daß neben der bald selbstverständlichen Angliederung der kleineren Staaten, wie Hessen, Thüringen, Mecklenburg usw. die Hansastädte sowie der Freistaat Sachsen mit seiner politisch fortgeschrittenen Bevölkerung aus freien Stücken sich mit Preußen verständigen könnten, um eine Rationalisierung der Verwaltungsarbeiten herbeizuführen und die Verwaltungsreform zu einem wesentlichen Teil auf dem Wege zum Einheitsstaat durchzuführen. Wir könnten uns auch vorstellen, daß selbst in Baden und Württemberg sich solche Strömungen stärker bemerkbar machen mühten. Endlich können wir uns kaum denken, daß es Bayern da und dann noch gelingen sollte, in seiner Isolierung zu verharren, die ihm doch in der Hauptsache nur große finanzielle Verlegenheiten bringt. Es mag sein, daß in weiten Volkskreisen Deutschlands (besonders in Süddeutschland) noch die alte Vorstellung von der „preußischen reaktionären Einstellung der Bureaucratie“ eine Rolle spielt. Diese Einstellung ist aber durch die Tatsache überholt, daß Preußen gegenwärtig ohne Zweifel der vorwärtsstrebende Staat ist, der in seinen Verwaltungsmaximen wie in der Umstellung und seiner Rationalisierung der Verwaltung als durchaus fortschrittlich bezeichnet werden muß, wenngleich sich an jedem gegenwärtigen Einzelstaate noch viel Kritik ausüben läßt.

Zu den zahlreichen unerfreulichen Vorgängen gehört auch die erhebliche Zöllerhöhung auf Speisemais, die in den letzten Monaten von diesem reaktionären Reichstage beschlossen wurde (Kindernahrungsverteuerung!). Es muß auch noch in Erinnerung gebracht werden, daß mit der wiederholten 10prozentigen Mieternahme denen gegeben worden ist, die ihre Hypotheken spottbillig ablösen konnten und nun wieder erhöhte Aufwendungen erhalten.

Zu erwähnen ist, daß am 1. Juli 1927 das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft getreten ist, das ohne Zweifel gegenüber den bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Unsere Kollegen, die zum größten Teil von dem Arbeitsgerichtsgesetz erfaßt werden, sind laufend über die einzelnen Paragraphen und deren Auslegung an dieser Stelle unterrichtet worden. Wir dürfen der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch fernerhin ein erheblicher Teil der Kollegenschaft in der Arbeitsgerichtspraxis tätig bleibt und sich planmäßig schult, um der gesamten Kollegenschaft zu Diensten zu sein.

Am 1. Oktober 1927 trat auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft, das aus der Arbeitslosenfürsorge hervorgewachsen ist. Es trägt leider viele Merkmale der jetzigen reaktionären Bürgerblockregierung. Immerhin bedeutet es eine Rechtsbasis gegenüber dem bisherigen unbestimmten Zustand. Hier müssen spätere Kommentare und Novellen Verbesserungen schaffen.

Die Außenpolitik Deutschlands ist im vergangenen Jahre nicht sehr erheblich in den Vordergrund getreten. Sowohl brodet es noch an vielen Stellen im europäischen Döberkessel. Man weiß nicht genau, ob nicht irgendwo die

Suppe doch einmal überkocht. Der Balkan sah zeitweilig sehr gefährlich aus. Neben dem Streit zwischen Italien und Jugoslawien hat der polnisch-litauische Konflikt eine so große Rolle gespielt, daß er hart an der Grenze kriegerischer Be-tätigung stand. Die Spannung zwischen England und Russland ist noch immer recht groß und die Nachrichten über Anstrengung neuer Gasgräben verschiedener Länder beruhigt wirklich nicht die friedensliebende Bevölkerung. In Mexiko ist ein reaktionärer Putsch niedergeschlagen worden und im fernen Ostasien sind die Dinge gegenwärtig sicher unübersichtlich. Seit Jahren tobt in China der Bürgerkrieg. Nachdem in Kanton eine kurze Zeit lang eine kommunistische Säule stand, scheint nun wieder die Reaktion mit Strang, Er-schießen und Hinrichten zu arbeiten. Alles in allem ist eine klare Entwicklungslinie nur schwer erkennbar in Ostasien. Immerhin darf soviel gesagt werden: die Bevormundung durch das europäische Kapital ist im Rückgang begriffen.

Schwieriger noch stellt sich die Beurteilung über die Kolonien, die in Englands Betreuung sind. So hat insbesondere Indien seit Jahrzehnten eine Leidenszeit durchgemacht, die für europäische Begriffe kaum vorstellbar ist. Nach Studienreisen europäischer und amerikanischer Gewerkschafter, über die Genosse Furtwängler (vom ADGB.) in der Arbeiterpresse in interessanter und gut informierender Weise ausführlich berichtete, sind die Hemmungen sozialer und anderer Art noch so ungeheuerlich, daß es schwer fällt, mit europäischem Maßstab an die Beurteilung der ganzen sozialen Fragenkomplexe heranzugehen. Soviel läßt sich wohl sagen, daß die kostenmäßige Schichtung traditionell durch die Jahrhunderte verankert ist und es den Europäern (Engländern) verhältnismäßig leicht macht, Herr der Lage zu bleiben, und die furchtbaren sozialen Zustände in Indien weiter walten zu lassen.

Doch in Amerika trotz seines ungeheuren Reichthums und der fast dreifach besseren Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterschaft gegenüber der deutschen doch sehr vieles im Argen ist, geht nicht nur aus der anschaulich geschilderten neueren Romanliteratur von Sinclair Lewis und Upton Sinclair hervor, sondern charakteristische Vorgänge, wie die Hinrichtung Saccos und Danzettis sowie einige andere Dinge geben Schlaglichter ganz eigenartiger Prägung und beweisen uns, daß auch in Amerika der Reiche regiert und der Arme zu gehorchen hat.

Wenn wir nun das bolschewistische Rußland einbezogen in unsere Betrachtungen, so ist uns ja in den letzten Monaten nicht nur sehr viel Material durch die russischen Zeitungen und Zeitschriften sowie durch das zehnjährige Jubiläum der Sowjet-Republik bekanntgeworden. Auch bei den neueren Delegationen haben sich kritische Stimmen eingestellt. Insbesondere hat die sogenannte Opposition (Trotski-Kamenew) dafür gesorgt, einen etwas tieferen Einblick zu gewinnen. Trotzdem muß unser Gesamturteil etwas zurückhaltend sein. Rußland ist ein ungeheures Reich, hat aber auch ungeheure Aufgaben zu erfüllen. Trotz der Entwicklungsmöglichkeiten sind enorme Schwierigkeiten vorhanden. Alle europäischen Maßstäbe versagen. Wenn man durchaus anerkennt, daß das jetzige Rußland gegenüber dem zaristischen einen ungeheuren Fortschritt darstellt, nicht nur im eigenen Lande, sondern in bezug auf die Gesamttauswirkung in Europa, so sind doch Parallelen und Vergleiche mit deutschen Verhältnissen sehr schwierig. Sie fallen bei einfacher Parallelezung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinesfalls zugunsten Rußlands aus.

Die Wahlen in einzelnen Ländern und Stadtparlamenten aus den letzten Wochen lassen klar erkennen, daß die

Sozialdemokratie wieder die umfassendste Arbeiterpartei ist. Der Kieler Parteitag hat nicht nur ein Agrarprogramm beschlossen, sondern auch in der uns besonders interessierenden Frage des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Beamtenbundes Stellung genommen. Diese Stellungnahme hätte wohl noch etwas deutlicher sein können, doch spielte hier die Haltung mancher DBB-Sozialisten eine Rolle.

Die Versuche der KPD, die Taktik der deutschen freien Gewerkschaften bei Streiks und Lohnbewegungen von außen zu beeinflussen, sind nicht gelungen und auch nicht tragbar. Jede Gewerkschaft muß durch ihre eigenen Organe ihre notwendigen Entscheidungen fällen und die politischen Parteien können jeweils höchstens Helfer und Berater sein.

Wir erinnern uns hierbei, daß im Mai 1897 das „Corre-

spondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ bei kritischer Betrachtung des lokalistischen Gewerkschaftskongresses in Halle, folgende Bemerkungen von Karl Marx aus dem November 1869 zitierte, denen wir noch heute zustimmen:

„Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Vereine in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben.“

Gemessen an dem Tiefstand politischer Erkenntnis im deutschen Volk könnte man über das Jahr 1927 schreiben: „Da habt ihr nun die Bescherung!“ Wir möchten aber doch im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen besser sagen: „Nicht locker lassen. Zu neuen besseren Taten ruft ein neuer Tag!“

E. D.

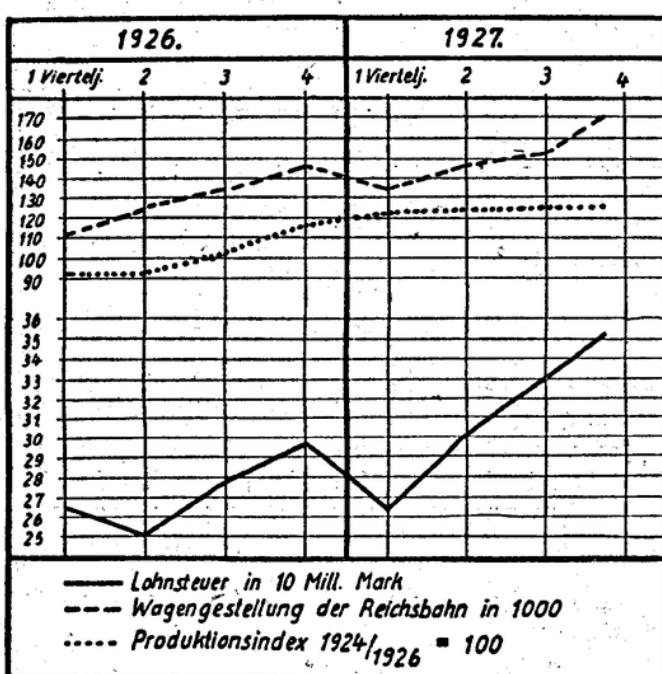
## Wirtschaftsjahr 1927

Vor zwei Jahren nahmen wir die Krise 1925 mit ins neue Jahr. Den Umschwung brachte der Bergarbeiterkampf in England. Die englischen Kohlenexporteure fielen für die Belieferung des Weltmarktes mit Kohlen fast völlig aus und an ihre Stelle traten in der Hauptsache die deutschen Kohlenproduzenten bzw. deutschen Kohlenhändler. Die Produktion in den deutschen Kohlenrevieren erreichte bis in das Ende des Jahres 1926 hinein Rekordziffern. Wo noch vor Jahresfrist Bergleute zu Tausenden entlassen wurden, erfolgten Neueinstellungen in einem Ausmaß, das bald Mangel an guten und leistungsfähigen Hauern eintrat.

Das war die Zeit der Englandsprize, die vor allem dem deutschen Bergbau neues Blut, große Gewinne zuführte, aber auch größte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaus stellte und die Neuanschaffung von Maschinen usw. bedingte. Während die Interessenten mit den Fachleuten noch darum stritten, ob die Eng-

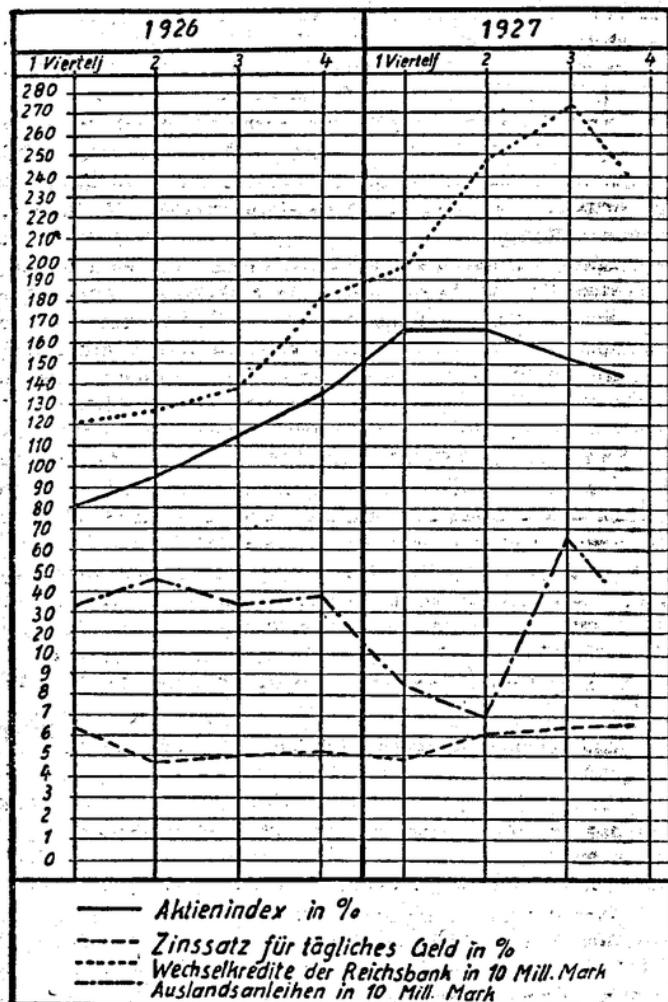
80 Millionen Mark. In den letzten Monaten des Jahres 1926 stellen sich die Erträge fast auf 100 Millionen Mark. Dann erfolgt eine schnelle Steigerung auf über 120 Millionen Mark. In den letzten Monaten des Jahres 1927, womit der Lohnabzug ungefähr auf der Rekordhöhe der glänzenden Konjunkturmonate im Anfang des Jahres 1925 liegt. Diese Entwicklung bedeutet, daß Hunderttausende von Arbeitern, die durch die Krise 1925/26 zur Arbeitslosigkeit verdammt waren, wieder in die Arbeit und zu Verdienst kamen. Sie treten in verstärktem Maße als Verbraucher und Käufer in Erscheinung. Der ganzen Produktion werden so langverschlossene Absatzgebiete wieder geöffnet. Der Umsatz der zu produzierenden und zum Verbrauch gelangenden Gütermengen erweitert sich. Teilweise kann die einheimische Produktion dem Bedarf nicht genügen, so daß in Verbindung mit den einströmenden Auslandsanleihen eine stärkere Einfuhr nicht nur an Rohstoffen und halbfertigen Waren, sondern auch an Lebensmitteln und Fertigwaren erfolgt. Ein deutlicher Ausdruck dafür ist die stärkste Beauftragung der Reichsbahn hinsichtlich der täglichen Wagengestellung. Sie machte im Anfang des Jahres 1926 arbeitstäglich rund 105 000 bis 110 000 Wagen aus und steigerte sich bis Ende des Jahres 1927 auf die Rekordziffer von über 165 000 pro Arbeitstag. Das Bild wird ergänzt durch die Entwicklung des Produktionsindex. Wenn man die Gesamtproduktion (Industrien der Grundstoffe und die verarbeitenden Industrien) für die Zeit von 1924 bis 1926 = 100 setzt, ergibt sich eine Steigerung von rund 95 im Anfang des Jahres 1926 auf über 125 Ende des Jahres 1927.

Ein besonderes Zeichen für die Konjunkturentwicklung während des Jahres 1927 sind die Leistungen der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke. Eine ziemlich genaue Beurteilung für diese Entwicklung ist an Hand der Kohlenanforderungen möglich. Die Kohlenabsatz durch die verschiedenen deutschen Reviere an die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke bewegt sich 1926 und 1927 in aufsteigender Linie. Während in den beiden ersten Vierteljahren des Jahres 1927 der Anteil der Produktionsmittelindustrien und im dritten Vierteljahr der Anteil der Konsumindustrien am Gesamtkohlenabsatz stark steigt, wird im letzten Teil des Jahres 1927 der Anteil des Kohlenverbrauchs durch die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke am Gesamtkohlenverbrauch ständig größer. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Konjunktur nicht von besonderen Wirtschaftszweigen wie im Jahre 1926 getragen wurde, sondern durchweg allgemein ist. Dafür weist auch die Tatsache, daß der Kohlenabsatz im Jahre 1927 sich nicht erheblich gegenüber dem Rekordabsatz 1926 verringert hat, obwohl die Massenlieferungen infolge des englischen Bergarbeiterkampfes eingeschränkt sind und der deutsche Kohlenbergbau, besonders das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat, schwer in den bestreiten Gebieten



Englandsprize eine isolierte Erscheinung sei, die nur den Arbeitsmarkt im Bergbau beleben könne, hatte sich tatsächlich die Belebung vom Bergbau auf wichtige andere Industrien übertragen und die Wirtschaft ganz allgemein angekurbelt. So weit zahlreiche deutsche Wirtschaftszweige, wie die Eisen- und die Textilindustrie nicht schon mit voller Konjunktur in das Jahr 1927 hineingingen, erfolgte die Belebung in den ersten Monaten des Jahres 1927. Die Lohnsteuer erbrachte in den ersten Monaten des Jahres 1926 durchschnittlich nur 78 bis

gegen die englische Konkurrenz ankämpfen muß. Durch die ganze Entwicklung sind die Gewinne unserer industriellen Unternehmungen stark gesteigert worden. Wie die einzelnen Bilanzen der großen Konzerne beweisen, müssen mit den Rekordumsätzen auch Rekordgewinne gemacht worden sein. Das gilt vor allem deshalb, weil die umgestellten Betriebe zum ersten Male voll ausgenutzt wurden, die deutsche Rationalisierung zum ersten Male in ihrer vollen Wirksamkeit in Erscheinung treten konnte. Wir haben auch gewisse Anhaltspunkte erhalten, wie sich die Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Im Anfang des Jahres 1926 waren von je 100 Mitgliedern der Arbeiterschaftsverbände rund 22 arbeitslos (wobei die Kurzarbeit auf Dollarbeitslosigkeit umgerechnet ist). Die Zahl senkte sich Ende 1927 auf rund 4,5. Wenn man auch annehmen muß, daß durch die ausgedehnte Produktion zahlreiche, während der Krisen der Vorjahre stillgelegte Revierbetriebe wieder in Gang gesetzt worden sind, kann nicht bestritten werden, daß die vorgenommene Rationalisierung im wesentlichen dazu beigetragen hat, unsere in Unordnung gebrachten Arbeitsmärkte wieder zu reorganisieren, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.



Die Weiterentwicklung unserer Konjunktur ist ohne Frage eine Angelegenheit des Geldmarktes. Während der Krise 1925/26 war natürlich das Geld in Deutschland gewissermaßen, wie zahlreiche Arbeiter, arbeitslos. Es fand keine Anlage und floß auf den Aktienmarkt. In dem Maße, wie der Zinsatz fiel, kam das Geld, die billigen und leicht erhältlichen Kredite, u. a. auch das verstärkt einströmende Auslandskapital, der Kurserhöhung auf dem Aktienmarkt zugute. In dem Augenblick aber, wo die Produktion und das Handelsgeschäft größere Gewinne versprachen, tritt gewissermaßen ein Frontwechsel in der Anlage des vorhandenen Kapitals ein. Auf den Börsen geht die Kursentwicklung zurück, die Zinsen für geliehenes Geld erhöhen sich, wie aus

unserem Schaubild ersichtlich ist. Jetzt tritt die Tatsache zutage, daß die deutschen Geldmärkte nicht in der Lage sind, Wirtschaftskonjunkturen bei uns finanziieren. Der Kredit der Reichsbank (Wechselkredit) wird in verstärktem Maße angespannt, so daß die Reichsbank im Laufe des Jahres 1927 zweimal zu Zinserhöhungen (Diskonterhöhungen) greifen mußte. Die Finanzierung der deutschen Wirtschaftskonjunktur (vermehrte Einführen und gestiegerte Neuanlagen) konnte dann auch nur mit Hilfe von Auslandskredit durchgeführt werden.

Bei der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Auslandskredit haben sich dann Reichsbank und Reichsregierung große Fehler zuschulden kommen lassen, deren Folgen für die weitere Konjunkturentwicklung bei uns unter Umständen bedenklich und vielleicht verhängnisvoll werden kann. Man hatte der Privatindustrie das Tor zum ausländischen Kapitalmarkt möglichst weit geöffnet, während man den Betrieben der öffentlichen Hand die Möglichkeit, Auslandskapital hereinzunehmen, stark beschnitten. Dadurch ergab sich eine Überversorgung der deutschen Großindustrie und eine ungenügende Versorgung der gemeindlichen usw. Betriebe, besonders der Betriebe der Energieversorgung. An und für sich ist eine solche Entwicklung äußerst ungesund, da gerade die Überversorgung bei den großen Konzernen und Trusts allem Anschein nach augenblicklich zu einer überspannten Erweiterung der Anlagen drängt, deren Folgen man, einen Umschlag der Konjunktur vorausgesetzt, nicht absehen kann. Wenn man sich den ganzen Kampf, den man gegen die Kapitalsversorgung der Betriebe der öffentlichen Hand geführt hat, nochmals vor Augen hält, fällt immer mehr und mehr auf, daß die ganze, von Schacht, dem Präsidenten der Deutschen Reichsbank, unternommene Aktion überhaupt keine Berechtigung hatte. Die Aufnahme von Anleihen der öffentlichen Hand (Gemeinden usw.) entwickelte sich wie folgt:

Inlands- und Auslandsanleihen (nur Inhaberanleihen) der Gemeinden und Gemeindeverbände 1926 und 1927.

Monat	1926		1927	
	Inlandsanleihen Mill. RM.	Auslandsanleihen Mill. RM.	Inlandsanleihen Mill. RM.	Auslandsanleihen Mill. RM.
1	2	3	4	5
Januar	—	34,9	68,0	—
Februar	42,0	63,0	17,5	—
März	21,5	23,0	20,0	—
April	175,5	—	—	—
Mai	50,5	20,7	—	—
Juni	7,5	—	—	—
Juli	40,5	18,7	—	83,6
August	47,5	—	—	4,2
September	55,0	42,5	—	21,0
Oktober	22,5	—	—	—
November	73,0	—	—	3,5
Dezember	53,0	—	—	—
	588,5	202,8	105,5	112,3

Von einer Überspannung der Kreditaufnahme kann keine Rede sein. Deshalb liegt der Schluss nahe, daß das Privatkapital seine durch die glänzende Konjunktur gestärkte Machtstellung dazu benutzen will, um in die Betriebe der öffentlichen Hand einzudringen. Das gilt insbesondere für die elektrotechnischen Konzerne, deren Grundsatz es ja schon von jeher war, auf die Energieproduktion und die Energieversorgung Einfluß zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Privatindustrie anscheinend bereit, eine Abdrosselung der Konjunktur durch Unterbindung der Kapitalversorgung zu riskieren. Wenn der glänzende Konjunkturentwicklung in Deutschland während des Jahres 1927 irgendwie Gefahr droht, dann nur aus der Unterbindung der Kapitalversorgung. Deshalb ist der Kampf der Städte um den Kapitalmarkt ein Kampf um die Konjunktur. Fr. Olk.

## Zur Frage der Unterstellung unter die Angestelltenversicherung

Das Reichsarbeitsministerium hat in Ergänzung des § 1 ADG. ein Verzeichnis derjenigen Berufsgruppen aufgestellt (RGBl. 1924, I, S. 274), die der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen. Dieses Verzeichnis ist jedoch nicht erschöpfend, und es ergeben sich daher Grenzfälle, die im Beitragsstreitverfahren ausgetragen werden müssen. Für uns liegen solche Grenzfälle besonders in den Berufen der Gelderheber und Ableser bei den Betriebswerken und des Pflegepersonals in den Anstalten. Wir haben wiederholt die Frage, ob diese Berufe der Angestellten- oder der Invalidenversicherung unterstehen, bei den Versicherungsbehörden zum Ausdruck und auch einige Entscheidungen an dieser Stelle zum Abdruck gebracht. Leider hat sich jedoch das Reichsversicherungsamt nicht zu einer einheitlichen Rechtsprechung entschließen können, sondern teils die Angestelltenversicherungspflicht anerkannt, teils abgelehnt. Das Reichsversicherungsamt prüft in jedem Fall die von den einzelnen Kollegen ausgeübte Tätigkeit, und wenn diese überwiegend einer der im Verzeichnis aufgeführten Berufsgruppen entspricht, wird die Unterstellung unter das Angestelltenversicherungsgesetz anerkannt, sonst nicht. Daher kommt es denn auch, daß in einer Stadt oder Anstalt die Kollegen auf Grund ihrer Tätigkeit als angestelltenversicherungspflichtig angesehen werden, während an einem anderen Ort, wo die Tätigkeit nur unwesentlich von der vorgenannten abweicht, die Anerkennung versagt wird. Nachfolgend soll untersucht werden, ob dieser unhaltbare Zustand nicht beseitigt werden kann.

Mahegend für das Beitragsstreitverfahren, das für Entscheidungen in dieser Frage in Betracht kommt, sind die §§ 193, 194 des Angestelltenversicherungsgesetzes, und zwar wird im Angestelltenversicherungsverfahren entschieden, d. h. der Streit ist immer vor den Spruchkammern für Angestellte auszutragen, wo sowohl über die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung als auch zur Invalidenversicherung entschieden wird. Nach § 194 ADG. entscheidet in erster Instanz das Versicherungsamt und auf Beschwerde das Oberversicherungsamt. Letzteres entscheidet endgültig, jedoch mit der Einschränkung, daß der Streitfall unter bestimmten Voraussetzungen zur grundsätzlichen Entscheidung an das Reichsversicherungsamt abzugeben ist. Das RDA entscheidet dann an Stelle des OVA. Die Voraussetzungen zur Abgabe an das RDA sind folgende:

1. Die Abgabe muß erfolgen, wenn in der Streitfrage noch keine grundsätzliche Entscheidung des RDA. vorliegt und der Antrag zur Abgabe innerhalb der Beschwerdefrist vom Beschwerdeführer gestellt ist. Auch andere Beteiligte können diesen Antrag binnen einer Woche stellen, nachdem sie die Gelegenheit zur Erkundung erhalten haben.
2. Die Abgabe muß ferner erfolgen, wenn das RDA. von einer grundsätzlichen Entscheidung des RDA. abweichen will und
3. kann das RDA. den Streitfall auch ohne Antrag abgeben.

Es tritt jetzt, nachdem das RDA. in zweifacher Hinsicht grundsätzliche Entscheidungen getroffen hat, in Erachtung, daß Oberversicherungsämter die Abgabe nicht vornehmen, obwohl Anträge sowohl von den Versicherungsträgern (Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, Invalidenversicherung) als auch von den Versicherten vorliegen. Hiergegen ist leider gar nichts zu unternehmen, denn das RDA. ist in diesen Fällen nicht zur Abgabepflichtet, da es weder von einer grundsätzlichen Entscheidung abweichen will, weil Entscheidungen in beiden Richtungen vorliegen, noch es sich um eine noch nicht ausgetragene Auslegung von Gesetzesbestimmungen handelt. Es steht also ganz im Ermessen des Oberversicherungsamtes, ob es den Streitfall abgeben will oder nicht, und seine Entscheidung ist endgültig. Das RDA. kann seine Entscheidungen dabei sowohl auf für unsere Kollegen günstige als auch ungünstige Entscheidungen des RDA. stützen.

Um diese für unsere Kollegenschaft nicht erwünschte Rechtslage auszuschalten, gibt es noch einen anderen Weg. Nach § 193 ADG. ist das Beitragsstreitverfahren, wie oben geschildert, ausgeschlossen, wenn eine gemeinsame Erklärung des Arbeitgebers und der Versicherten vorliegt, worin beide Teile die Unterstellung unter das Angestelltenversicherungsgesetz erklären. Diese Erklärung ist dann maßgeblich, d. h. sie tritt an Stelle einer Entscheidung der Spruchkammern. Nun sind jedoch einige Voraussetzungen an der Wirksamkeit einer solchen maßgeblichen Erklärung geknüpft, die unter allen Umständen beachtet werden müssen. Erstens muß ein Streit zwischen den Trägern der Angestelltenversicherung und der Invalidenversicherung über die Unterstellung bestehen. Zweitens muß der Streit außerhalb eines Leistungsfeststellungsverfahrens

entstehen, d. h. nicht mit einem Rentenverfahren zusammenhängen. Und drittens muß die Erklärung gemeinsam, d. h. gleichlautend sein. Die letztere Voraussetzung ist die wichtigste, denn wenn zwischen Arbeitgeber und den in Betracht kommenden Kollegen (Versicherten) keine Einigkeit darüber besteht, daß die Kollegen der Angestelltenversicherung unterstellt werden sollen, kommt nur das Beitragsstreitverfahren gemäß § 194 ADG. in Frage. Aber auch wenn die gemeinsame Erklärung vorliegt, so hat sie doch dann nicht die eingangs erwähnte maßgebliche Wirkung, wenn sie nicht vor der Anhängigmachung des Streitfalls beim Versicherungsamt, bei den Versicherungsträgern abgegeben ist. Es sind uns in letzter Zeit Bescheide des ODA. zugegangen, wonach zwar gemeinsame Erklärungen vorliegen, diese jedoch erst nach Einleitung des Streitverfahrens eingeholt sind. Nun ist im § 193 zwar gesagt, daß die einzuholtende Erklärung maßgeblich ist, aber nicht ausdrücklich bestimmt, daß sie vor dem Streitverfahren eingeholt werden muß. Es wird lediglich bestimmt, daß, wenn auf Anfordern der beiden Versicherungsträger binnen einer festgesetzten Frist keine Erklärung abgegeben wird, über die Unterstellung im Leistungstreitverfahren zu entscheiden ist.

Wie die Praxis also zeigt, wird die einzige Möglichkeit, den Wünschen der Kollegenschaft auf Unterstellung unter die Angestelltenversicherung Rechnung zu tragen, durch die zu späte Anforderung seitens der Versicherungsträger illusorisch gemacht. Wir wollen daher unseren Kollegen einen Weg zeigen, der ihnen dieses Recht sichert, und bitten in vorkommenden Fällen danach zu handeln. Die Kollegen (Ableser und Gelderheber eines Gaswerks z. B.) wünschen entsprechend ihrer Tätigkeit die Unterstellung unter die Angestelltenversicherung. Besteht Einigkeit zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer darüber, daß die Tätigkeit angestelltenversicherungspflichtig ist, so ist dies in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck zu bringen und von allen Beteiligten eigenhändig zu unterzeichnen. Diese Erklärung ist dann gleichzeitig mit dem Antrag auf Unterstellung einzureichen. Können sich die Versicherungsträger dann nicht einigen und entsteht zwischen diesen beiden Streit über die Unterstellung, so braucht die gemeinsame Erklärung nicht erst mehr von den Versicherungsträgern angefordert werden und kann demnach auch nicht zum eventl. Nachteil unserer Kollegen zu spät angefordert werden. Die Einwendung der Erklärung ohne vorherige Anforderung hält auch Dersch in seinem Kommentar zur Angestelltenversicherung für zulässig. Gegenteiliges ist auch im Gesetz nicht gesagt. Mit dieser rechtzeitig vorliegenden gemeinsamen Erklärung ist dann die Unterstellung unter das ADG. gesichert. Es ist jedoch zu beachten, und wir stimmen hier mit dem Kommentar von Dersch überein, daß der eben gezeigte Weg nicht mehr für diejenigen Fälle in Frage kommen kann, in denen bereits durch ein Streitverfahren die Angelegenheit, wenn auch zugegunsten unserer Kollegen, entschieden ist. Es kann also nur für neue Fälle (andere Personen) in Betracht kommen. Dabei ist es auch nicht hinderlich, ob bereits in einer ähnlichen Sache eine rechtskräftige Entscheidung im gegenteiligen Sinne vorliegt (Dersch, Seite 569), wobei natürlich eine Umgehung des Gesetzes nicht beabsichtigt sein darf. Das Gesetz gibt im § 193 das Recht der Selbstbestimmung, wenn auch nur im beschränkten Umfang, und es ist daher unsere Pflicht, dieses Recht nach allen Möglichkeiten auszuüben. Wir fassen nochmals zusammen:

Einreichung der gemeinsamen Erklärung gleichzeitig mit dem Antrag auf Unterstellung, ohne Rücksicht darauf, ob ein Streit zwischen den Versicherungsträgern entstehen wird. Dadurch Selbstbestimmung und Auschaltung des Streitverfahrens. J. E.

Selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht ist die Beseitigung aller Not und drückenden Armut; die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die heute noch den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoß duldet. Doch diese Aufgabe ist so einfach, so mechanisch, trotz ihrer herzerreißenden Dringlichkeit so trivial, daß sie eher der polizeilichen als der ethischen Vorsicht zugeschrieben werden sollte. Was darüber hinausgeht, bleibt im letzten Sinne gleichgültig. Noch immer zeugt und trägt die Erde so viel, daß der Gesamttheit Nahrung, Kleidung, Werkzeug und Muße zur Genüge erwächst, sofern sie nur im rechten Maße schaffen, verbrauchen und genießen will. Walther Rathenau

# Volkstümliche Naturwissenschaft



ir Menschen glauben in uns selbst das höchst entwickelte Lebewesen auf dem Erdball, die „Krone der Schöpfung“, sehn zu sollen. Mit den uns eigenen Sinnen können wir nicht nur die verschiedensten Wahrnehmungen machen, sondern diese auch zur nützlichen Verwendung bringen. Betrachten wir den Weg, den der Mensch vom Beginn seines Menschwerdens bis heute, dem Zeitalter der Technik, zurückgelegt hat, so können wir uns selbst nicht eine gewisse Anerkennung versagen. Welche Möglichkeiten, für uns selbst oft noch Wunderwerke, hat der Mensch insbesondere in den letzten hundert Jahren vollbracht. Da ist das Radio, die drahtlose Telephonie, die heute schon von Millionen in ihren Interessenkreis hineingezogen wurde und fast als etwas Selbstverständliches angesehen wird. Da ist die Telegraphie und Telephonie „am Draht entlang“, mit der man nicht nur geschriebene und gesprochene Worte in alle Welt senden, sondern neuerdings auch Bilder von Stadt zu Stadt und Land zu Land übermitteln kann.

Erweckte der aus dunkler Wolke herniederzuckende Blitz im Urzeitmenschen Furcht und Schrecken, so wurde dem Menschen der Zeithundert diese gleiche, mit Maschinen erzeugte elektrische Kraft zum Hilfsmittel, dessen er sich in vielfacher Weise bedient.

Aber die Natur ist uns Menschen nicht nur Dienerin, sie ist uns vielmehr in erster Linie Lehrmeisterin. Der tragende unerschütterliche Fels, der im Sturm sich neigende Baum, das kalte, starre, und doch im warmen Zustande schmieglame, leicht zu verarbeitende Eisen er zeigten ihm ungeahnte Möglichkeiten.

Wir lächeln überlegen, wenn wir hören, daß vor uns lebende Menschen übersinnliche unirdische Geister im Wirken und Schaffen der Natur erkennen zu müssen glaubten. Und doch ist es noch nicht allzu lange her, seit wir so vieles erst mit anderen Augen ansehen. Mit unserem durch naturwissenschaftliche Erkenntnis geschärften Auge, mit all den Hilfsmitteln der uns zu Hilfe kommenden Technik läßt sich das Weltbild eben völlig anders, tief eindringlicher betrachten. Bedeutende Forscher, hervorragende Männer der Naturwissenschaft haben die Natur mit Einschluß des Lebendigen als ein System von Energiematerie bezeichnet, in dem alles nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung verläuft. Der Physiologe Du Bois-Reymond (\* 7. Nov. 1818 Berlin, † 26. Dez. 1896) erklärte: „Die theoretische Naturwissenschaft ruht nicht eher, als bis sie die Erscheinungswelt auf Bewegungen letzter Elemente zurückführt, welche nach denselben Gesetzen vor sich gehen wie die der größeren, sinnfälligen Materie.“ Eine solche Auffassung nennt

man die mechanistische Weltanschauung im Gegensatz zur Teleologie, die Lehre von der Zweckdienlichkeit und Vorausbestimmung. Anders wiederum der Vitalismus, jene Annahme einer besonderen Lebenskraft, die nicht mechanisch oder chemisch zu erklären, sondern unerkannt und unerforschlich sei.

Umfassende Arbeit auf dem Gebiete der Lebenserkenntnis leisten die Biologen. Unter Biologie versteht man die Wissenschaft vom Leben in seinen Erscheinungen als Pflanze, Tier und Mensch. Physik und Chemie untersuchen, von verschiedenen Seiten angreifend, die Organismen, um sie in ihren Einzelheiten, ihren Zweckmäßigkeitkeiten, ihren Wirkungen zu zerlegen oder auch zusammenzufassen und die übergeordneten Naturgesetze zu erkennen.

So sucht der Mensch in jeder Weise den sogenannten Geheimnissen der Natur auf die Spur zu kommen, sie zu erkennen und diese Erkenntnis in seinen Dienst zu stellen. Wie oft schon mögen wir selbst, vielleicht ganz unbewußt, solche Wege gewandert sein. Unbewußt, weil es uns an Zeit mangelte, den Dingen tiefer auf den Grund zu gehen, sie näher zu untersuchen, um sie klar und deutlicher zu sehen. Und doch sollten wir uns soviel Zeit schaffen, um uns auf diesen Gebieten des menschlichen Seins zu unterrichten. Naturwissenschaftliche Erkenntnis ist die Grundlage folgerichtigen Denkens und Handelns. Um sie zu erlangen, haben auch wir Arbeitsmenschen Hilfsmittel an der Hand, die uns ein Eindringen leichter werden lassen. Neben dem praktischen Sammeln von Erfahrungen und Erkenntnissen in und mit der Natur haben wir das geschriebene Wort, die festgelegten Wissenssäcke der Forscher und Denker. Die „Urania“, die proletarische Zeitschrift für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, wie auch der „Kosmos“, die Monatschrift der Gesellschaft der Naturfreunde, bringen in ihren Monatsheften und ihren Buchwerken immer neue und wissenswerte Schätze herbei, mit deren reizvollen Eigenheiten wir uns in stillen, zum Nachdenken zwingenden Stunden beschäftigen können und müssen. Lichtbild und Film, die bei den Bildungsbestrebungen unseres Verbandes immer mehr und mehr Eingang finden, sind ebenfalls geeignet, unser Wissen zu vergrößern. Das schafft uns eine natürliche, sichere und festgefügte Grundlage, auf die wir unsere freie, von allem Uebersinnlichen und Uebernatürlichen befreite Weltanschauung aufbauen können. Haben wir aber unsere Weltanschauung fest fundiert und logisch aufgebaut, dann haben wir uns damit eine Waffe geschmiedet, die wir im Kampfe ums Dasein, im täglichen Erringen unseres Leibes Notdurft und Nahrung gut gebrauchen können. Denn die Beschäftigung mit der Naturwissenschaft bringt uns Klarheit im Denken und damit Klarheit im Handeln.

W. Bulan.

## Die Eiserne Fers

Amerika ist das kapitalistisch am stärksten entwidete Land. Trotzdem steht, an deutschen Verhältnissen gemessen, die sozialistische Arbeiterbewegung Amerikas auf sehr schwachen Füßen. Die kleine sozialistische Partei der Vorkriegszeit hat sich nach dem Kriege genau wie in Deutschland in vier Parteien zerstückt. Die Gewerkschaftsbewegung atmet einen mehr bürgerlichen als sozialistischen Geist. Bei allem hat Amerika aber mehrere hochbedeutende sozialistische Romandichter hervorgebracht. Wir nennen Edward Bellamy, der den berühmten Roman „Rückblick aus dem Jahre 2000“ schrieb, ferner Upton Sinclair, Jack London und Sinclair Lewis, die heute wohl zu den geliebtesten Schriftstellerinnen gehören.

Die Büchergilde Gutenberg hat sich nun ein Verdienst dadurch erworben, daß sie Jack Londons Romane ihren Anhängern zugänglich macht. Von diesen ist kürzlich „Die Eiserne Fers“ erschienen, ein Roman, der an Bellamys „Rückblick“ erinnert, und 20 Jahre nach diesem, im Jahre 1907, geschrieben wurde. „Die Eiserne Fers“ stellt gewissermaßen auch einen Rückblick aus dem Jahre 419 der von Jack London erfundenen neuen Zeirechnung auf die Gegenwart dar, was etwa dem Jahre 2600 unserer Zeirechnung entsprechen würde. Der Roman schildert u. a. zwei Revolutionen, die gewissermaßen in der sozialistischen Entwicklungslinie liegen. Er atmet starken marxistischen Geist. Besonders in den ersten Kapiteln werden dem Leser die marxistischen Grundgedanken nahegebracht. Jack London ist Amerikaner und sieht natürlich die Entwicklung auch amerikanisch. So mutet uns manches, — durch die deutsche Brille gesehen — fremdartig an. Wir wissen, daß der amerikanische Kapitalismus noch eine Portion brutaler als der deutsche antritt, was doch gewiß etwas heißen will. In der schlimmsten Form aber, so wie sie von Jack London geschildert wird, übertrifft die Brutalität der amerikanischen Kapitalisten sogar die deutsche unter dem Sozialistengesetz. Wie weit der deutsche Kapitalismus in seiner Roheit gehen würde, läßt die Stillegungsendrohung der Scherindustrie ahnen, wenn sie mit all ihren Folgen und Begleiterscheinungen perfekt gerorden wäre. Die zwei Arbeiterklassen, „Arbeiteraristokratie“ und „Volk des Abgrundes“, die

London konstruiert, sind ebenfalls echte amerikanische Erscheinungen, die sich insbesondere aus der zeitweiligen Schließung der Mitgliederlisten der dortigen Gewerkschaften ergeben, so daß die organisierten Arbeiter in gehobener Lage kommen als die Unorganisierten, und eine Arbeiteraristokratie bilden.

Jack Londons „Eiserne Fers“ müßte jeder deutsche Arbeiter lesen. Mit der Wiedergabe der nachfolgenden Kapitel machen wir unsere Leser zu einem Teil mit diesem guten Roman bekannt.

G. R.

### Die Maschinenstürmer.

urz bevor Ernst sich als Kandidat der Sozialisten für den Kongreß aufstellen ließ, gab Vater sein „Gewinn- und Verlustessen“, wie er es vertraulich nannte. Ernst nannte es das Essen der Maschinenstürmer. Tatsächlich lud Vater hauptsächlich Geschäftsleute — kleine Geschäftsleute natürlich — ein. Ich zweifle, daß einer von ihnen an irgendeinem Geschäft beteiligt war, dessen Gesamtkapital mehr als einige hunderttausend Dollar betrug. Sie waren echte Vertreter des Mittelstandes.

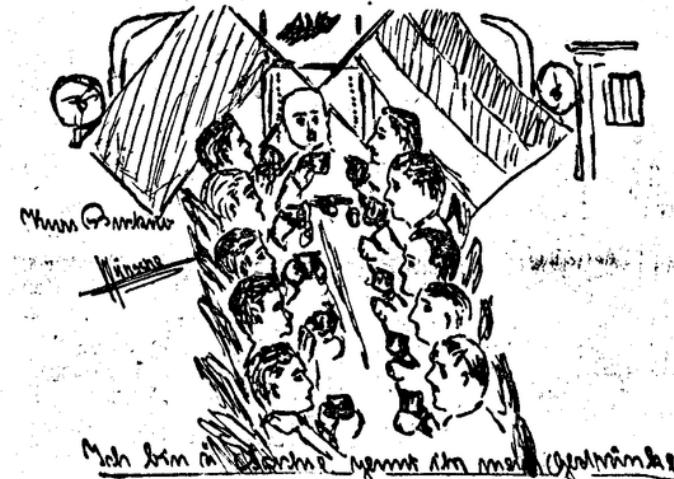
Da war zum Beispiel Owen von der Firma Silverberg, Owen u. Co., einem großen Kolonialwarengeschäft, das mehrere Zweiggeschäfte besaß; wir kauften bei ihnen. Ferner die beiden Teilhaber der großen Drogerie Kowalt u. Washburn, sowie Herr Aasmussen, Besitzer eines großen Granitsteinbruchs in Contra Costa County, und viele ähnliche Leute, Besitzer oder Teilhaber kleiner Fabriken, kleiner Geschäfte — kurz, kleine Kapitalisten.

Es waren gescheit aussehende Männer, und sie sprachen klar und einschlägig. Sie klagten einmütig über die großen Wirtschaftsverbände und Trusts. Ihre Lösung war: „Nieder mit den Trusts!“ Die Ursache alles Elends waren die Trusts, und alle beklagten sich darüber. Sie vertraten die Ansicht, daß solche Trusts wie Eisenbahnen und Telegraphen dem Staat überreignet werden müßten; die gewaltigen Auskäufe von Reichtum sollten durch ent-

## Die Sachsen zum Kursus in Buckow

Im Laufe des Nachmittags am 20. November trafen sich die Teilnehmer im Wartesaal 3. Klasse des Schlesischen Bahnhofs in Berlin. Ein recht unfreundlicher Ort, unser Treffpunkt. Immer neue Kollegen kommen mit Koffern, die zum Kursus gehören. Einige sind sich von früheren Kursen bekannt, freundliche Erinnerungen werden ausgetauscht. Die Zeit vergeht rasch. Kollege Hartig betritt den Wartesaal und wird von Kollegen, die ihn kannten, freundschaftlich begrüßt. Gemeinsam fuhren wir mit dem Vorortzug nach Strausberg. Da stand ein Autobus, der uns nach dem Bildungsheim brachte. Es war nun schon sehr finster und sehr kalt, schon eine ganze Strecke hatten wir zurückgelegt, immer waren wir noch nicht am Ziel. Der Autobus schwankte beträchtlich weicher und schien über Sturzacker zu fahren. Zum Glück war die Fahrt zu Ende, sonst wären die Sachsen doch ungemütlich geworden. Nun hatte uns der Vorstand nach so einer Einsamkeit geführt, stockdunkel „mitten auf Feld“ gefahren. Verbandsvorstand, dir wäre es nicht gut ergangen, wenn du hier wärst. Mit den Koffern stolperte man nun erst Treppen ab, dann auf, bis uns ein helles, anheimelndes Licht aus einer Tür empfing. Hier waren wir im Hotel. Die Zimmer wurden gerecht durch Lote verteilt. Es wurde noch gesucht, bis die richtigen zusammen waren. Inzwischen rief der Gong zum Abendessen. Der Speise- und Aufenthaltsraum war eins. Eine lange Tafel bot für alle Platz. Das Bildnis Legiens wurde von einer schwarz-rotgoldenen und von einer ganz roten Fahne umrahmt. Vier elektrische Sonnen spendeten wohltuende Wärme. Zwei Schränke waren des Wissens voll und boten Stoff für freie Zeit. Der Radioapparat war platt, als wir kamen, und hat trotz Herumdokters die Sprache nicht wieder bekommen, darüber war selbst der Flügel verstimmt. Nach dem Abendessen begann die Begrüßungsfeier. Wie verschieden sind doch die deutschen Stämme! Hier wurde das Verteilen von Schulunterricht und die Wahl des Schülerrates als Begrüßungsfeier gerechnet. Am Morgen konnten wir uns nun erst umsehen, wohin wir verschleppt waren. Da wurden die Augen ausgerissen, vor uns am Fuße des Berges ein großer See, der Wind trieb Wellen, auf denen sich im dünnen Schilf wilde Enten schaukelten. Ganz drüber liegt Buckow im Holz versteckt, rote Dächer und Häusergiebel winken. Der Unterrichtsraum liegt eine Treppe hoch (Heiligtum, wo nicht geraucht werden darf) und ist mit Schulbänken, Wandtafel, Landkarten, Pult und Wanduhr, die viel zu schnell ging, ausgestattet. Zwei Wände bestehen aus sechs großen Fenstern. Auf der einen Seite mit Aussicht auf den See, auf der anderen auf Kiefernwald.

Dem Unterricht wurde mit Interesse gefolgt, die Zeit war unser größter Feind. Kollege Hartig mußte Schluss gebieten, sonst gab es kein Ende, alles war voll Arbeitsfreude. Bei den praktischen Übungen sollten die Kollegen in Versammlungsleitung, Protokollführung sowie Rednerkunst geschliffen werden. Hier wurden der Versammlungsleitung manche Schwierigkeiten gemacht (von Seiten der Opposition). Von den Rednern wurden sehr schöne Vorträge gehalten: Gewerkschaft und Partei, Alkohol und Arbeiterschaft, Frauen und Gewerkschaft, Arbeitersport, Jugendbewegung.



Am 29. November war Besichtigung von Berlins Großkraftwerk Rummelsburg mit allen neuzeitlichen Einrichtungen. Die Heizer in weißen Anzügen, die durchsichtigen Fußböden, Brause- und Wannenbäder für die Belegschaft. Aber auch das alte Werk wird uns mit seinem Betriebsrat bleibende Erinnerung sein. Hieraus ging es nach unserem Heim, das von oben bis unten durchstöbert wurde. Mittag haben wir im Gewerkschaftshaus gegessen, anschließend war Rundfahrt mit Autobus, die am Parlament endete. Da der Reichstag nicht tagte, haben wir das Gebäude besetzt, ohne Widerstand alles in Augenschein genommen, durch die Hammelsprungtür ins Herz. Und ohne was erreicht zu haben, mußten wir das Gebäude verlassen. Die düsteren grauen Häuserfronten waren erwacht aus ihrem trüblichen Dasein. Überall brannte Licht in allen Farben. Lichtreklamen überall. Das Straßengewirr wurde

sprechende Abgaben verhindert werden. Ferner verlangten sie, daß gemeinnützige Anlagen wie Wasserleitung, Gas, Fernsprecher und Straßenbahn in den Besitz der Gemeinde übergehen sollten.

Besonders interessant war, was Aßmussen als Besitzer des Steinbruchs schilderte. Er erklärte, nie Gewinn aus seinem Steinbruch erzielen zu können, obgleich sein Geschäft seit der Zerstörung San Franziskos durch das große Erdbeben einen riesigen Aufschwung genommen hätte. Vor sechs Jahren wäre der Wiederaufbau San Franziskos in Angriff genommen, sein Geschäft hätte sich seitdem vervielfacht und verachtlicht, und doch habe er nichts davon.

„Die Eisenbahn kennt meine Geschäfte besser als ich“, sagte er. „Sie weiß meine Unkosten auf den Cent genau und kennt sogar meine Lieferungsverträge. Woher Sie diese Kenntnisse hat, kann ich nur vermuten. Sie muß Spione in meinem Geschäft und in denen meiner Geschäftsfreunde haben, denn, seien Sie, sobald ich einen großen Vertrag abschließe, dessen Bedingungen mit einem guten Gewinn verprechen, werden die Frachtfäße von meinem Steinbruch nach den Ablieferungsorten erhöht. Eine Begründung wird nicht gegeben. Die Eisenbahn schluckt meinen Gewinn. Ich habe nie die Eisenbahn von einer solchen Tarif erhöhung abringen können. Gab es andererseits unvorhergesehene Zwischenfälle, erhöhten sich die Unkosten oder mußten Verträge unter weniger ausichtsreichen Bedingungen geschlossen werden, so setzte die Eisenbahn die Frachtfäße stets entsprechend herab. Was ist das Ergebnis? Die Eisenbahn bekommt stets meinen Gewinn, möge er groß oder klein sein.“

„Ihnen bleibt also“, unterbrach Ernst ihn, „ungefähr soviel, wie das Gehalt ausmachen würde, das Sie als Geschäftsführer bekommen, wenn der Steinbruch der Eisenbahn gehört.“

„Ganz genau“, erwiderte Aßmussen. „Neulich sah ich meine Bilächer der letzten zehn Jahre durch und fand, daß ich in diesen

zehn Jahren genau soviel verdient hätte, wie das Gehalt eines Geschäftsführers ausgemacht hätte. Die Eisenbahn hätte ebenso gut Besitzerin meines Steinbruchs sein und mich als Geschäftsführer angestellt haben können.“

„Nur mit dem Unterschied“, lachte Ernst, „daß die Eisenbahn dann das Risiko getragen hätte, das Sie ihr nun so entgegenkommend abnehmen.“

„Sehr richtig,“ erwiderte Aßmussen erregt.

Nachdem jeder sein Herz ausgeschüttet hatte, begann Ernst nach allen Seiten Fragen zu stellen. Er fing mit Herrn Owen an. „Haben Sie nicht vor etwa sechs Monaten hier in Berkeley ein Zweiggeschäft eröffnet?“

„Ja“, antwortete Herr Owen.

„Und seitdem haben, wie ich bemerkte, drei kleine Kolonialwarenhandlungen ihre Läden geschlossen. War das Ihre Schuld?“

Herr Owen bejahte mit selbstgefälligem Lächeln. „Sie konnten sich nicht gegen uns halten.“

„Warum nicht?“

„Wir hatten mehr Kapital. Je größer das Geschäft, desto geringer die Unkosten, und desto höher die Leistungsfähigkeit.“

„Und Ihre Filiale hat die Gewinne der drei kleinen Geschäfte aufgezogen. Ich verstehe. Aber sagen Sie, was ist aus den Inhabern der drei Geschäfte geworden?“

„Einer von Ihnen fährt einen Lieferwagen für uns. Was aus den beiden andern geworden ist, weiß ich nicht.“

Ernst wandte sich unvermittelt an Herrn Kowalt.

„Sie verkaufen viel zu herabgesetzten Preisen. Was ist aus den kleinen Drogisten geworden, die Sie an die Wand gedrückt haben?“

„Einer von Ihnen ist jetzt Leiter unserer Arzneimittelabteilung“, lautete die Antwort.

„Und Sie saugen den Gewinn auf, den früher diese kleineren Geschäfte gemacht haben?“

stärker, rotes Licht hieß auf Kreuzungen den Verkehr auf Augenblicke an, sobald es grün wurde, begann die andere Straße zu stocken. Auto, Auto und Geschirr. Kaufhaus Wertheim, Leipziger Straße, zog mich in seinen unheimlichen Wägen ein. Menschen, Treppen, allerlei Ware, mir wurde der Kopf schwer von all dem, so war die frische Luft Erholung. Ruhig zogen schwerbeladene Kähne auf der Spree. Heute gab es „Schieber des Ruhms“, eine Patriotenkomödie. Die moderne französische Dramatik ist keineswegs nur eine Verherrlichung von Sieg und Ruhm. So ist die „Patriotenkomödie“ von Pagnol und Uvoiz eine überaus wirkungsvolle Satire auf geschäftlich und politisch ausgenutzte Heldenverehrung. Das war ein schönes Erlebnis. Noch einiges vom Leben im Heim:

Die Wahrheit werden hellen!



Die sich anfangs fremden Kollegen fanden sich bald zu einer kollegialen Lern- und Lebensgemeinschaft zusammen. In den Unterrichtspausen hatte man sich manchmal recht heftig (in Korbseilen auf dem Gang) auseinandergesetzt. Von 14—15 Uhr, beim Spielen, gab es viel zu lachen, wenn einer den Medizinball recht ungeschickt bekam, oder bei Mannschaftskämpfen mal hinsiel. Bei den Freilübungen hoppste hier und da ein Hosenträger weg. Einen Tag um den andern gingen wir spazieren, dabei wurden immer Arbeiterlieder gesungen, was die Leute stutzig machte. So haben wir die Umgebung durchstreift. Böllersdorf, Wolfschlucht, Poetensteg, Haus Tornow, Pröhrener Mühle, Blutbuche, Güntherquelle, Schweizerhaus und Buckow. Mit leichtem Kopf voll Sauerstoff ging es dann wieder froh an die Arbeit.

Abends waren verschiedene Veranstaltungen. Einmal spielten wir die Maschinenstürmer von Toller. Am andern Abend haben

wir den Kollegen Schaum von der Bahn mit Gesang abgeholt. Abends darauf gab es eine Arbeitsgerichtsverhandlung mit Geheimrat, Gerichtsrat, Doktor und Gewerkschaftsangestellten. Kollege Schaum machte den Gerichtsdienst und seinen Vorgesetzten allerhand Schierigkeiten. Sonnabend, 13 Uhr, war Schluss. So war auch der ganze Sonntag frei, bloß Essen war „Pflicht“. Am Sonnabend war Reichsbannervergnügen in Buckow, zu dem wir durch Schreiben eingeladen waren. Die nicht Vergnügsüchtigen spielten Dame oder lasen Bücher im Heim. Die kommende Woche brachte noch zwei Lichtbildvorträge vom Kollegen Hartig. Zum letzten Vortrag waren Genossen aus Buckow bei uns zu Gast. Die übrigen Abende wurden mit schriftlicher Arbeit ausgefüllt. Donnerstag war Abschiedfeier der Sachsen von Buckow. Der erste Teil war ganz auf Ernst eingestellt, der zweite Teil gemütlich. Ausschließlich aus eigenen Kräften selbst ausgeführt.

Mit einfachen Mitteln eine schöne Feierstunde. Am Freitag war Kollege Becker vom Vorstand in unserer Mitte. Doch allzu schnell kam die Abschlussstunde. Wir wären alle gern sitzengeblieben. Doch Kollege Kummer machte uns Kummer. Die Taverne vom Taubenschlag sah uns wehmütig nach. Wir bestiegen den Autobus und fuhren nach dem Sachsenland in alle Ecken und gelobten im Dienst der Sache zu wirken, damit der Verband und mit ihm die Gewerkschaft eine Macht wird. Der Kursus wird uns eine angenehme Erinnerung bleiben. G. Wünsche.

Finstere Sittenprediger wollen euch manchmal lehren, daß die Freude im Leben keinen Platz finden darf. Folgt ihnen nicht! Eine alte religiöse Ueberlieferung, die noch auf uns lastet, will uns glauben machen, daß Entbehrungen, Leiden und Schmerzen erstrebenswerte Güter sind und daß sich ein besonderes Verdienst erwirkt, wer sie freiwillig auf sich nimmt. Welch großer Schwindel! Nur weil man den Völkern eingeredet hat, daß man hiniendeden leiden muß, um in jener anderen Welt glücklich zu sein, hat man sie dazu gebracht, sich allen Unterdrückungen und Ungerechtigkeiten zu unterwerfen. Hört nicht länger auf die, die euch predigen, daß das Leiden etwas herrliches sei! Nur die Freude ist gut!... Und es ist Zeit, Genossen, daß man eure Kraft spürt und daß euer zur Klarheit und Schönheit erhobener Wille sich der Gesellschaft aufzwingt, um ihr ein wenig Vernunft und Gerechtigkeit zu bringen, während sie jetzt nur noch den Antrieben des Eigennützes und der Furcht gehorcht. An euch, ihr Genossen, an euch, ihr Arbeiter, ist es, eure Geister und Herzen zu erheben und euch durch Studium und Nachdenken zu befähigen, den Sieg der sozialen Gerechtigkeit und des Völkerfriedens näher zu führen. Anatole France.

„Gewiß. Dafür sind wir ja Geschäftsleute.“

„Und Sie,“ wandte Ernst sich plötzlich an Herrn Asmussen, „Sie sind entsezt, weil die Eisenbahn Ihre Gewinne aufgesogen hat?“

Herr Asmussen nickte.

„Sie möchten wohl den Gewinn für Ihre Tasche haben?“

Herr Asmussen nickte wieder.

„Auf Kosten anderer?“

Keine Antwort.

„Auf Kosten anderer?“ beharrte Ernst.

„So verdient man eben“, erwiderte Herr Asmussen kurz.

„Dann seien Sie es als Geschäftsmann für Ihre Aufgabe an, an andern zu verdienen, diese andern jedoch zu verhindern, an Ihnen zu verdienen, nicht wahr?“

Ernst mußte die Frage wiederholen, ehe Herr Asmussen antwortete.

„Ja, so ist es“, sagte er. „Nur daß wir nichts dagegen haben, daß auch die andern verdienen, solange dieser Verdienst nicht übermäßig ist.“

„Mit übermäßig meinen Sie groß; aber Sie haben nichts dagegen, selbst großen Verdienst einzuheimsen? Sicher nicht.“

Herr Asmussen gestand diese Schwäche freundlich ein. Noch ein anderer der Anwesenden wurde jetzt von Ernst aufs Korn genommen, ein Herr Calvin, der früher einmal eine große Molkerei besessen hatte.

„Vor einiger Zeit haben Sie den Milktrust bekämpft“, sagte Ernst zu ihm; „und jetzt haben Sie sich in die Politik gestürzt. Wie kommt das?“

„Oh, ich habe den Kampf nicht aufgegeben“, antwortete Herr Calvin und sah kriegerisch genug drein. „Ich bekämpfe den Trust auf dem einzigen Felde, wo er bekämpft werden kann, dem poli-

tischen. Ich will Ihnen das erklären. Vor einiger Zeit hatten wir Molkereibesitzer vollkommen freie Hand.“

„Aber Sie machen sich gegenseitig Konkurrenz“, unterbrach Ernst ihn.

„Ja, und dadurch wurden die Preise gedrückt. Wir machten Versuche, uns zu organisieren, aber unabhängige Molkereibesitzer durchbrachen den Ring immer wieder. Dann kam der Milktrust.“

„Finanziert von dem Ueberschuß der Standard Oil Company“, sagte Ernst.

„Ja“, bestätigte Herr Calvin. „Aber das wußten wir damals nicht. Der Trust kam uns mit dem Knüppel: „Macht mit und werdet fett oder bleibt draußen und hungert.“ Die meisten von uns traten ein. Wer es nicht tat, hungerte. O ja, der Trust bezahlte... zuerst. Der Milchpreis stieg um einen Cent das Liter, ein Viertel dieses Cents bekamen wir, drei Viertel der Trust, dann stieg der Preis wieder um einen Cent, und davon bekamen wir nichts. Unsere Vorstellungen waren erfolglos. Der Trust stand unter der Kontrolle der Standard Oil Company. Wir entdeckten, daß unsere Anteile verpfändet waren. Schließlich wurde uns der Drittelpreis auch nicht mehr zugestanden. Dann begann der Trust uns auszupressen. Was sollten wir tun? Schließlich waren wir ausgepreßt, und es gab keinen Molkereibesitzer mehr, nur noch einen Milktrust.“

„Aber ich sollte meinen, daß Sie mit einem Preisaufschlag von zwei Cents konkurrenzfähig gewesen wären“, sagte Ernst listig.

„Das meinten wir auch, und wir versuchten es.“ Herr Calvin schwieg einen Augenblick. „Aber das ruinierte uns. Der Trust brachte die Milch billiger auf den Markt, als wir es konnten. Er konnte immer noch mit einem kleinen Gewinn verkaufen, wo wir mit offenbarem Verlust arbeiteten. Ich verlor dabei fünftausend Dollar. Die meisten von uns machten Bankrott. Die Molkereibesitzer verloren ihre Existenz.“

# Naturwissenschaft

## Himmelserscheinungen im Januar

Das neue Jahr hat begonnen und wir halten Ausschau, was es uns bringen wird. Die "Urania-Korrespondenz" bringt eine Übersicht der Himmelserscheinungen im Januar 1928, der wir folgendes entnehmen: In astronomischer Hinsicht ist diese Ausschau nicht schwer, denn da "lädt sich alles berechnen". Das neue Jahr beschert uns an Besonderem drei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse. Ueberdies ist es ein "Marsjahr", d. h. unser Nachbarplanet wird wieder in Erdnähe kommen und gut beobachtbar werden. Diese Marsopposition findet allerdings erst gegen Ende des Jahres statt. Von den Sonnenfinsternissen kommt diejenige am 17. Jan. 1928 praktisch überhaupt nicht in Frage, denn es werden noch nicht einmal vier Hundertstel der Sonnenoberfläche bedeckt werden. Für uns Europäer scheiden ferner die Totale Sonnenfinsternis vom 19. Mai aus, da sie bei uns nicht sichtbar ist. Dagegen können wir die Partielle Sonnenfinsternis am 12. November beobachten. Es wird dabei in Deutschland allerdings nur etwa ein Drittel der Sonnenscheibe verdunkelt. Von den beiden Totalen Mondfinsternissen bleibt uns die vom 3. Juni verborgen, während wir die am 27. November werden verfolgen können. Im Januar 1928 sehen wir unser Tagesgestirn, wie stets zu Jahresanfang, tief am Horizont in flachem Bogen dahingehen, doch befindet es sich bereits wieder im Aufstieg, und wir erfahren in diesem Monat eine Tageszunahme von einer guten Stunde, nämlich von 8 auf 9 Stunden. Von den Planeten bleibt Merkur unsichtbar, da er am 9. Januar jenseits der Sonne vorüberzieht, also in ihren Strahlen verschwindet. Morgens leuchtet vor allen Venus im Skorpion. Anfangs erscheint sie noch  $3\frac{1}{2}$ , später nur noch 2 Stunden vor Sonnenaufgang. Am 28. Januar wird sie knapp einen halben Bogengrad oberhalb von Saturn stehen. Der 19. Januar bringt eine Zusammenkunft der

Denus mit unserem Mond. Saturn befindet sich, wie schon aus der vorgenannten Konjunktion folgt, ebenfalls im Skorpion. Er erscheint anfangs 2, später jedoch schon 4 Stunden vor der Sonne, weil er im Gegensatz zur schnellen Venus nur ganz wenig weiterrückt. Mars steht gleichfalls in derselben Gegend, er wandert, während dieses Monats vom Skorpion in den Schützen. Er kommt zunächst  $1\frac{1}{2}$ , schließlich aber schon 2 Stunden vor der Sonne heraus. Wie Venus den Morgenhimmel, so beherrscht Jupiter den Abendhimmel. Er geht ebenso wie der dicht bei ihm stehende Uranus im Laufe des Januar durch den Frühlingspunkt hindurch.

Dabei treffen sich die beiden Wandlersterne am 24., und Uranus befindet sich nur vier Fünftel einer Vollmondbreite höher. Jupiter und Uranus sind bei Sonnenuntergang bereits über dem Horizont, gehen aber anfangs bereits vor 23 Uhr unter, später sogar schon bald nach 21 Uhr. Neptun, der letzte im Planetenreigen, erscheint im Monatsanfang um 21 Uhr, schließlich jedoch schon um 19 Uhr im Sternbild des Löwen. Unser Mond zeigt bereits am 7. Januar seine volle Scheibe. Am 14. hat er infolgedessen schon bis zum letzten Viertel abgenommen und wird am 22. Neumond. Der 29. Januar bringt dann das erste Viertel.

Beim Anblick des Fixsternhimmels finden wir Orion mit den anderen Wintersternbildern fast in der Himmelsmitte. Jupiter steht dann schon dem Untergang nahe tief im Westen, während als ähnlich helle Himmelsmarke Regulus über dem Osthorizont leuchtet. — Die Milchstraße spannt sich quer von Südost nach Nordwest. Von Großen Hund mit Sirius steigt sie durch den Kleinen Hund und die Zwillinge bis zum Fuhrmann im Scheitelpunkt empor, um sich dann durch Perseus, Cassiopeia und Cepheus zum Schwan herabzusenken.

In den ersten Tagen des Januar wird ein Sternschnuppenfall den Mitternachtshimmel beleben. Er scheint vom Sternbilde des Bootes auszustrahlen und so nennt man diese "fallenden Sterne" die Bootstiden. Körnchen von Metallstaub sind es, die in bestimmter Bahn schweben. Unsere Erde erreicht diese Stelle alljährlich zu Jahresbeginn, so daß wir von einem periodischen Sternschnuppensturm sprechen. Kühauer.

"Der Trust nahm Ihnen also Ihren Gewinn", sagte Ernst. "Und nun versuchen Sie es mit der Politik, um den Trust mit gesetzlichen Mitteln zu vernichten und Ihren Gewinn wiederzubekommen."

Herrn Calvins Gesicht erhelle sich.

"Genau dasselbe sage ich den Bauern in meinen Ansprachen. Das ist in wenigen Worten unsere Idee."

"Und doch produziert der Trust die Milch billiger, als die unabhängigen Milchereien es könnten?" forschte Ernst.

"Warum sollte er es nicht bei seiner glänzenden Organisation und den neuen maschinellen Einrichtungen, die sein großes Kapital ermöglicht?"

"Fraglos", antwortete Ernst. "Er sollte es gewiß, und, mehr noch, er tut es."

Jetzt holte Herr Calvin zu einem politischen Gespräch aus und legte seine Ansichten auseinander. Ein Teil der Anwesenden zollte ihm warmen Beifall, und alle waren sich darüber einig, daß die Trusts vernichtet werden müßten.

"Armes, törichtes Volk", sagte Ernst leise zu mir. "Soweit Ihre Augen reichen, sehen Sie klar, aber Ihre Augen reichen nur bis zu Ihrer eigenen Nasenspitze." Kurz darauf ergriff er wieder das Wort und behielt es in seiner charakteristischen Weise für den Rest des Abends.

"Ich habe Ihnen genau zugehört", begann er, "und ich sehe deutlich, daß Sie in diesen geschäftlichen Fragen von Ihrem Recht überzeugt sind. Das Leben summert sich bei Ihnen zu Profiten. Sie haben den festen, steten Glauben, daß Sie nur erschaffen würden, um Profite zu machen. Nur daß die Sache einen Haken hat. Mitten in Ihrem Profiten machen kommt der Trust und nimmt Ihnen die Profite weg. Das ist das Dilemma, das irgendwie dem Zweck der Schöpfung widerspricht, und so erscheint es Ihnen als einziger Ausweg, den zu vernichten, der die Profite weg schnappt.

## Sächsisches Gasse lied

(Gesungen auf dem Sachsenland.)

Ich bin à Sachse, geunt ihr wei Gedräntle,  
Fürs ganze Jahr à vürtel Vund Gasse,  
Schon meine Väder drancken ihn, ich denke  
Gemülich auf dem alden Ganneböh,  
Derton will ich nich lassen,  
So täglich fuzzeln Dassen.

Komm Alte, schenk mer noch à Schälchen elu,  
Ich bin à Sachse, will à Sachse sein!

In Dräsen, Weisen, Värne und in Dahne  
Drinkt man den Gasse dinne, hell und licht,  
Auf fachzehn Dassen e-e-eene Bohne,  
Er is und bleibt der Sachsen Leibgericht,  
Halb Gasse, halb Egorje,  
Verscheicht er alle Sorje.

Der Gasse nimmt uns alle Herzenböh,  
Ich bin à Sachse, will à Sachse sein.

Nicht jeden Dag tut ee so helle flicken,  
Deun werd uns och das Opfer noch so schwer,  
So nejm mer doch zu unfern Vogelschicken  
Gercholich eene ganze Bohne mehr,  
Walt dann ochs Blut recht fiedlich,  
So bleib mer doch gemülich,

Auf, Brieder, taucht die Butterbemuchen elu;  
Ich bin à Sachse, will à Sachse sein.

Und nimmt der Deisel einst mich beim Schäflichtchen  
Und trägt mich nach der hohen Helle fort,  
So trinkt ich schnell vom Gasse noch à Schnittchen,  
Denn keenen gibts an jenem däuslen Ort.  
Dort trinkt mer Schweißblümchen  
Nur mit des Deiselsmienchen,  
Kee Gasse dort, o welche Hellenbein,  
Ich bin à Sachse, will à Sachse sein.

Ich habe Ihnen genau zugehört und kann nur einen Namen finden, der Sie kennzeichnet. Ich will Ihnen diesen Namen nennen, Sie sind Maschinenstürmer. Wissen Sie, was ein Maschinenstürmer ist? Hören Sie zu. Im 18. Jahrhundert webten in England Männer und Frauen in ihren eigenen Hütten auf Handwebstühlen Stoffe. Dieses System der Heimarbeit war langweilig, schwülflig und kostspielig. Dann kam die Dampfmaschine mit ihrer Ersparnis. Tausend Webstühle wurden in einer großen Fabrik aufgestellt und von einer Zentraldampfmaschine in Gang gesetzt. So konnte der Stoff billiger hergestellt werden als von den Heimarbeitern auf ihren Handwebstühlen. Die Fabrik war ihnen im Herstellungsprozeß überlegen, und die Konkurrenz schied aus. Die Männer und Frauen, die bisher ihre Handweberel für eigene Rechnung betrieben hatten, mußten jetzt in die Fabrik gehen und an den Maschinenwebstühlen arbeiten, und zwar zum Nutzen der Kapitalisten. Ja, mehr noch, in diesen Fabriken arbeiteten zu niedrigen Löhnen auch kleine Kinder. Viele Männer wurden, dadurch arbeitslos, und es kamen bittere Zeiten für sie. Ihre Lebenshaltung verschlechterte sich. Sie hungerten, und sie sagten, daß die Maschine an allem Schuld sei. Deshalb versuchten sie, die Maschine zu stürmen und zu zerstören. Sie hatten kein Glück damit; ihre Einfalt hielt die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf. Sie, meine Herren, haben nichts von ihnen gelernt. Jetzt, anderthalb Jahrhunderte später, wollen Sie ebenfalls die Maschinenstürmen. Ihrer eigenen Ansicht nach arbeiten die Trusts schneller und billiger, und deshalb können Sie nicht mit ihnen konkurrieren. Und nun möchten Sie diese überlegenen Maschinen stürmen. Der Unterschied zwischen Ihnen und den naiven Arbeitern damals in England ist, daß Sie noch unwissender sind. Während Sie von der Wiederherstellung des freien Wettbewerbs reden, erdrücken die Trusts Sie völlig.

(Fortsetzung folgt.)

## Polizeistrafen gegen Arbeitgeber zur Erzwingung von Betriebsratswahlen

Nach dem Betriebsratgesetz ist die Wahl der Betriebsräte und Betriebsobmänner von der Bestellung des Wahlvorstandes abhängig. Wo eine Betriebsvertretung bereits besteht, soll diese spätestens vier Wochen vor Ablauf ihrer Wahlzeit den Wahlvorstand bestellen. Eine Unterlassung durch die Betriebsvertretung hat jedoch keine strafrechtlichen Folgen. In diesem Falle ist vielmehr der Arbeitgeber zur Bestellung verpflichtet. Dieser ist außerdem dann ausschließlich zur Bestellung verpflichtet, wenn ein Betrieb neu errichtet wird oder wenn die für die Errichtung des Betriebsrates oder Betriebsobmannes vorgeschriebene Mindestzahl von Arbeitnehmern erreicht wird. Diese Verpflichtung liegt ihm ob, wenn wegen Beendigung der Arbeitsverträge, vor allem im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Kämpfen, die nicht zur Wiedereinstellung und zum rückwirkenden Wiederaufleben der Arbeitsverträge führen, eine Neuwahl der Betriebsvertretung notwendig ist. Die Arbeitgeber unterlassen es jedoch sehr häufig, ihren Verpflichtungen zur Bestellung des Wahlvorstandes nachzukommen, weil sie lieber sehen, daß der Betrieb keine Betriebsvertretung hat. Die Unterlassung des Arbeitgebers ist nach § 99 BRG. strafbar. Sie können mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk. oder Haft belegt werden. Strafbar macht sich nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch sein Vertreter.

Obwohl das Betriebsratgesetz bereits acht Jahre besteht, ist jedoch noch kein Fall bekanntgeworden, in dem ein Staatsanwalt oder ein Gericht einen Arbeitgeber wegen Nichtbestellung des Wahlvorstandes bestraft hätte. Dahingehende Anträge wurden mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß nur die Betriebsvertretungen zur Stellung des Strafantrages berechtigt seien. Eine solche war jedoch regelmäßig in diesem Falle im Betrieb nicht vorhanden. Handelte es sich doch darum, daß der Arbeitgeber durch Bestellung eines Wahlvorstandes erst die Voraussetzung für die Ausübung der Wahl schaffen sollte. Ein Recht der Belegschaft zur Bestellung des Wahlvorstandes an Stelle des Arbeitgebers wurde bisher mangels entsprechender Gesetzesvorschrift von den Gerichten verneint. Schadenersatzklagen gegen Arbeitgeber wurden im allgemeinen ebenfalls abgewiesen, von den Gewerkschaften auch nicht befürwortet. Auf Veranlassung des ADGB. wurde daher im Reichstage beantragt, das Betriebsratgesetz u. a. dahin zu ändern, daß der Wahlvorstand auch durch die Belegschaft bestellt werden könne. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Inzwischen hat der Polizeipräsident von Berlin sowie der preußische Minister des Innern und der für Handel und Gewerbe erkannt, daß ein Arbeitgeber, der gegen die §§ 1 und 23 BRG. verstößt, eine öffentlich-rechtliche Pflicht verlegt und dadurch einen ungesehlichen Zustand schafft, für dessen Beseitigung zu sorgen Aufgabe der Landesbehörden sei.

Der Polizeipräsident von Berlin hat demgemäß gegen einen Arbeitgeber wegen Nichtbestellung des Wahlvorstandes eine Geldstrafe von 500 Mk. festgesetzt, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haft von 14 Tagen tritt, sofern seiner Aufforderung zur Bestellung des Wahlvorstandes nicht innerhalb einer von ihm gesetzten Frist nachgekommen werde. Diese Strafandrohung hat folgenden Wortlaut:

Der Polizeipräsident.  
(Abteilung II.)

Berlin, den 22. Juli 1927.

Auf Grund der §§ 1 und 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsratgesetzes vom 4. Februar 1920 (RGBl. S. 147) sind Sie zur Bestellung eines aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern bestehenden Wahlvorstandes verpflichtet, um die Errichtung einer Betriebsvertretung zu ermöglichen. — Die wiederholten behördlichen Aufforderungen, Sie auf gütlichem Wege zur Erfüllung Ihrer Verpflichtung zu veranlassen, sind bisher erfolglos geblieben. — Zur Beseitigung des gesetzwidrigen Zustandes, der aus Ihrer Weigerung entsteht, ordne ich hiermit auf Grund des

Artikels 14 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (RGBl. S. 1383) und des § 132 Abs. 1 Ziff. 2d des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (GS. S. 195) und Artikel III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) folgendes an:

„Innerhalb zwei Wochen nach Zustellung dieser Anordnung ist der gemäß § 23 Abs. 2 und 3 des Betriebsratgesetzes vorgeschriebene Wahlvorstand aus den drei ältesten wahlberechtigten Arbeitnehmern Ihres Betriebes von Ihnen zu bestellen.

Erfolgt die Bestellung des Wahlvorstandes durch Sie in der gesetzten Frist nicht, so werde ich eine Geldstrafe von 500 RM. (Fünfhundert Reichsmark) gegen Sie festsetzen und im Zwangsweg einziehen lassen. Im Falle des Unvermögens tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Haft von 14 Tagen.“

Gegen diese Verfügung wurde vom Arbeitgeber Beschwerde beim preußischen Minister für Handel und Gewerbe erhoben. Dieser wies dieselbe jedoch mit folgendem endgültigen Bescheid zurück:

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin W 9, den 21. Sept. 1927.

Ihre am 30. Juli d. J. an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin gerichtete, an mich auf Grund des § 133 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (GS. S. 195) zuständigkeitshalber weitergereichte Beschwerde gegen die Anordnung des Herrn Polizeipräsidenten zu Berlin vom 22. Juli 1927 — Nr. 479 II G. A. 27 — weise ich hiermit nach Prüfung als unbegründet zurück. — Ihre Beschwerde richtet sich dagegen, daß als Rechtsgrundlage für die Anordnung der Artikel 14 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919 (RGBl. S. 1383) herangezogen worden ist. Es wird von Ihnen der Einwand erhoben, im vorliegenden Falle gewähre der Artikel 14 der Reichsverfassung dem Herrn Polizeipräsidenten keine Ermächtigung zu der Anordnung, weil die in Betracht kommenden Bestimmungen bereits in den §§ 95 ff., insbesondere in § 99 des BRG. enthalten seien. Dieser Einwand ist unzutreffend. Die §§ 95 ff. enthalten nur Strafbestimmungen. Infolge Ihrer Weigerung, Ihrer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung aus dem § 1 in Verbindung mit § 23 Abs. 2 und 3 des BRG. nachzukommen, besteht ein gesetzwidriger Zustand, der zwar nach den von Ihnen angezogenen §§ 95 ff. des BRG. nicht den Tatbestand einer strafbaren Handlung darstellt, dessen Beseitigung aber Recht und Pflicht der Landesbehörden ist. — Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung werden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt, soweit nicht die Reichsgesetze etwas anderes bestimmen. Da ein abweichendes Reichsgesetz nicht besteht und auch besondere Ausführungsbestimmungen des Reiches auf Grund des § 101 BRG. nicht ergangen sind, haben die nach der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Länder für Angelegenheiten des BRG. zuständigen Landesbehörden (Landesverwaltungsbehörden), für Berlin: der Polizeipräsident, die Ausführung dieses Gesetzes zu überwachen und gegebenenfalls mit den gesetzlichen Zwangsmitteln auch durchzusetzen, daß der zwingenden Bestimmung des § 1 des BRG. Geltung verschafft wird. — Dieser Bescheid ist endgültig.

Der Minister für Handel und Gewerbe.  
J. A. gez.: Steinbrecher.

Der Minister des Innern.  
J. A. gez.: Meyer.

Im Anschluß hieran haben der preußische Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe einen gemeinsamen Runderlaß an die Regierungspräsidenten und Oberbergämter sowie an die Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten ergehen lassen, in dem sie die vorstehende Verfügung sowie den ministeriellen Bescheid zur Beachtung empfehlen (Runderlaß der preußischen Minister für Handel und Gewerbe und des Innern vom 17. 11. 1927 Nr. III 10 954, I 8204, III. f. H. Ic 2752 M. d. J.).

Das Vorgehen dieser Behörden ist zu begrüßen. Es wird hoffentlich seine Wirkung auf die Arbeitgeber nicht verschleiern. Nach unserer Kenntnis beeilen sich die Arbeitgeberverbände nunmehr, ihren Mitgliedern die Bestellung des Wahlvorstandes zu empfehlen. Der Grund hierfür liegt nahe. So schreibt z. B. die „Zeitschrift für Arbeitgeberfragen“ in Nr. 24

vom 15. Dez. 1927 (Mitteilungen des ostpreuß. Arbeitgeberverbandes für Handel, Industrie und Gewerbe):

„Man wird damit rechnen müssen, daß in Auswirkung dieses Runderlasses in nächster Zeit in großem Umfang die Arbeitgeber, in deren Betriebe keine Betriebsräte vorhanden sind, mit verwaltungspolizeilichen Strafandrohungen zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufgefordert werden.“

Damit wird zugegeben, daß in „großem Umfang“ keine Betriebsräte vorhanden sind und durch Verschulden der Arbeitgeber ein ungesehlicher Zustand besteht. Weiterhin bezeichnet das Blatt selbst „die Anwendung des § 14 der Reichsverfassung als einen Ausweg“, allerdings mit dem hinzufügen, daß derselbe „nicht ganz unbedenklich“ sei. Der Runderlaß hätte sogar „ein Gutes“, er ließt nämlich ein neues Argument gegen den Unzug der Schadenersatzklagen entlassener Arbeitnehmer aus § 23 BRG, weil nun ein konkurrerendes Verschulden des Arbeitnehmers beim Fehlen einer Betriebsvertretung nicht mehr zu bestreiten sei.

Wir haben nichts dagegen, wenn unsere Freude über den Erlass der preußischen Behörden auf der Gegenseite geteilt wird. Allerdings sehen wir in diesem Erlass keine endgültige Lösung, sondern nur einen Notbehelf, der allerdings in allen erforderlichen Fällen unbedingt angewandt werden muß. Auch die Polizeibehörden sowie die zuständigen Ministerien anderer deutscher Länder müßten dazu veranlaßt werden, dem Beispiel der preußischen Polizei- und Ministerialbehörden zu folgen. Hoffentlich trägt das Vorgehen der preußischen Behörden aber auch dazu bei, die in Betracht kommenden Bestimmungen des Betriebsratgesetzes entsprechend den Wünschen der Gewerkschaften dahin zu ändern, daß auch die Belegschaft selbst ein ausdrückliches Recht zur Bestellung des Wahlvorstandes erhält. R. W.

## Die GEG. übernimmt die größte Fleischwarenfabrik Europas

Die Stärke des Privatkapitals bei der Gütererzeugung und Warenverteilung, den beiden Armen der Volkswirtschaft, ist vollkommen abhängig vom Verbrauch. Die Kundshaft entscheidet darüber, ob das in Industrie- und Handelsunternehmungen hineingestochte — „investierte“ — Kapital sich rentiert oder nicht. Es können Millionen und Milliarden in solchen Unternehmungen stecken, sie können unaufhaltlich Güter erzeugen, die Märkte überschwemmen — das Kapital ist tot, wenn der Verbraucher die Ware liegen läßt. Sei es, daß er sie nicht konsumieren kann, weil Einkommen und Kaufkraft fehlen, sei es, daß er nicht will, weil er konsumgenossenschaftlich organisiert ist und seinen Bedarf aus seinen eigenen Unternehmungen decken kann.

Man sieht also ohne weiteres, daß der entscheidende Punkt in der Volkswirtschaft nicht das Kapital, sondern der Verbraucher ist. Die Kundshaft ist der Arbeit- und Brotgeber für Industrie und Handel und es bedarf nur einer noch stärkeren, umfassenderen Organisation der Verbrauchermassen und ihrer Einsicht in die tatsächliche Machtstellung, um den ganz falschen Begriff, als ob das Privatkapital der Stärkere in der Volkswirtschaft wäre, allmählich gründlich zu beseitigen.

Die Konsumgenossenschaften beweisen diese längst Praxis gewordene Theorie durch ihre Wirtschaftsunternehmungen, die sowohl in die Produktion wie in die Warenverteilung eingreifen, und zwar mit dem Erfolg, daß ihre Mitglieder, also organisierte Kundshaft, in weitem Umfange als Verbraucher unabhängig sind vom Privatkapital. Man weiß dies allgemein, aber es fehlt noch die rechte Erkenntnis und die richtige Würdigung dieser für eine neue Wirtschaftsform so fundamentale Tatsache.

Es möge deshalb ein geradezu klassisches Beispiel aus neuester Zeit zeigen, wie ohnmächtig im gegebenen Falle das Kapital ist, wie entscheidend der — Verbrauch, das heißt der genossenschaftlich organisierte Verbrauch. Die wohl allgemein bekannte Großekaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg (GEG) — im Besitz von zirka 1100 Konsumgenossenschaften mit 3 Millionen Mitgliedern — erwarb ab 1. Dezember 1927 die modernst eingerichtete und zugleich größte Fleischwarenfabrik nicht nur Deutschlands, sondern Europas, von einer Aktiengesellschaft in Oldenburg. Ein Unternehmen, das an Umfang und Raffi-

nement der Technik nur amerikanische Vorbilder besitzt. In das Unternehmen, das vor wenigen Jahren erst errichtet wurde, waren 10 Millionen Mark hineingesteckt. Aber es rentierte nicht, weil die Kundshaft fehlte. Da aus gleichen Gründen sich andere Unternehmer an den kapitalfressenden Moloch nicht heranwagten, so kaufte es die GEG. mit 2½ Millionen Mark, wobei also die Aktionäre 7½ Millionen „verspielten“. Es war eine hohe Risikoprämie.

Diese Risikoprämie steht nun für die Großekaufsgesellschaft nicht auf dem Spiel. Denn hinter ihr stehen 1100 Konsumgenossenschaften mit rund 3 Millionen Mitgliedern, die als genossenschaftlich organisierte Verbraucher ein ganz anderes Interesse an ihrem eigenen Unternehmen besitzen als — vorher. Sie waren also die Stärkeren. Denn die Aktiengesellschaft hatte wohl Kapital, aber keinen sicheren Markt, während die Konsumgenossenschaften bzw. ihre Großekaufsgesellschaft beides besitzt und daher keine Risikoprämie zu bezahlen haben wird.

Dies Exempel ist eines der lehrreichsten aus der Geschichte der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Handelt es sich doch bei diesem Besitzwechsel um ein Unternehmen, das 1500 Personen Brot und Arbeit gibt, in dem täglich 1500 Schweine und 100 Rinder aus eigener Mast geschlachtet und als Frischfleisch oder zu Wurst verarbeitet werden können mit einem Jahreswert von zirka 90 bis 100 Millionen Mark! Die Großekaufsgesellschaft, die mit einem seitherigen Jahresumsatz von 350 bis 400 Millionen Mark sowieso schon das größte Handelsunternehmen Deutschlands in ihrer Art darstellt, hat sich also ein geradezu gigantisches Werk angegliedert, wobei aber nicht das Kapital den entscheidenden Faktor bildet — denn davon besaß die Aktiengesellschaft mehr als die GEG. — sondern der Verbraucher. Selbstverständlich der konsumgenossenschaftlich organisierte Verbraucher. Eine wichtige Sache.

## Unsere Lohnbewegung im Wirtschaftsbezirk Rheinland

Unsere Arbeitgeber sind recht eigenartige Leute. Auch sie stehen anscheinend auf dem Standpunkte: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Nachdem man uns eine einmalige Beihilfe mehrere Male abgelehnt hatte, unterbreiteten wir dem Arbeitgeberverband unter dem 23. November 1927 nachstehendes Schreiben:

„Dem Beschlusse einer am 20. November 1927 stattgefundenen Konferenz der Lohn- und Tarifkommission der Gemeindearbeiter folgend, würdigen wir ordnungsgemäß den bestehenden Lohntarif zu dem ersten zulässigen Termin. Zum Abschluß eines neuen Lohntarifes unterbreiten wir Ihnen folgende Anträge:

1. Die gegenwärtigen Löhne werden in allen Gruppen und Ortsklassen um 15 Pf. pro Stunde erhöht. — 2. Die Besser 9 des Lohn-Tarifvertrages wird gestrichen.

Die Begründung der Anträge erfolgt durch die Unterzeichneten in der Verhandlung. Die Verhandlung ersuchen wir auf Mittwoch, den 7. Dezember, vormittags, oder Freitag, den 9. Dezember, vormittags, anzusetzen. Bedauerlicherweise sind schon seit Jahren neue Löhne durch freie Vereinbarung nicht mehr zustande gekommen. In fast allen Fällen mußte die Bezirksstelle entscheiden. Nach der Einstellung und der sich herausgebildeten Gesetzmäßigkeit des Arbeitgeberverbandes ist deshalb anzunehmen, daß auch diesmal eine Einigung durch freie Vereinbarung nicht zu erzielen ist. Wir ersuchen deshalb schon jetzt, die Bezirksstelle für den Nachmittag des Verhandlungstages zu bestellen. Die Beisitzer der Arbeitgeber sowie die der Arbeitnehmer sind ja an und für sich am Platze, es kann sich also nur noch um die Feststellung des unparteiischen Vorsitzenden handeln, um dessen Feststellung wir also ersuchen.“

Aus bestimmten Gründen mußten die Arbeitnehmerverbände Wert darauf legen, daß die zur Erledigung dieser Lohnbewegung notwendigen Verhandlungen vor dem 31. Dezember beendet waren. Aus diesem Grunde wurde die Sitzung der Bezirksstelle am Verhandlungstag beantragt.

Die Verhandlung fand bereits am 6. Dezember statt. Ehe in diese eingetreten werden konnte, glaubte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes den Arbeitnehmervertretern Anstandsleichen erteilen zu müssen. Die Worte: „Nach der Einstellung und der sich herausgebildeten Gesetzmäßigkeit des Arbeitgeberverbandes“ hatten bei ihm Anstoß erregt. Dabei beruht die zitierte Bemerkung auf Tatsachen. Auf Grund dieser Tatsachen mußten wir Wert darauf legen, daß am gleichen Tage die Bezirksstelle tagte. Dieser Antrag hatte es den Arbeitgebern besonders angetan. Kollege Heinz konnte aber nachweisen, daß sich die

Arbeitnehmer in dieser Hinsicht in guter Gesellschaft befinden, denn der Reichsarbeitgeberverband hat es schon seit Jahren genau so gemacht, nur mit dem Unterschied, daß wir die Arbeitgeber von unserem Vorhaben vorher benachrichtigt haben, während der Reichsarbeitgeberverband den Schlichter bestellt hatte, ohne die Arbeitnehmer vorher davon zu benachrichtigen.

In der nun folgenden Verhandlung machten die Arbeitgeber unter Hinweis auf die Bezirkschiedsstelle, die am Nachmittag zusammenkam, überhaupt kein Angebot. Nach dreistündiger Verhandlung wurde abends gegen 7 Uhr ein Spruch gefällt, der in der Lohngruppe I 8 Pf., in Lohngruppe II 7 Pf., in III und IV 6 Pf., für Frauen 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde vorsah. Die Streichung der Ziffer 9 des Lohntarifvertrages wurde abgelehnt. Die Urabstimmung am 13. Dezember entschied für Annahme des Schiedsspruches. Damit betroffen die Stundenlöhne für die über 21 Jahre alten Gemeindearbeiter ab 1. Januar 1928:

Lohngruppe	Sonderklasse pt.	Ortsklasse		
		I pt.	II pt.	III pt.
I.	94	93	83	78
II.	85	83	75	70
III.	81	79	70	64
IV.	78	76	67	61
V. (Frauen)	57	56	50	47

Hausstandsgeld 24 Pf. für den Arbeitstag				
Kindergeld 24 "				und das Kind
1. Jugendliche ungelernte Arbeiter				
19 Jahre 62 61 54 49				
18 " 51 49 44 40				
17 " 43 42 37 34				
16 " 39 38 34 31				
15 " 31 30 27 24				
14 " 24 23 20 18				
2. Jugendliche Handwerker				
19 75 74 66 62				
18 " 61 60 54 51				
17 " 52 51 46 43				

Inzwischen sind nun auch die Löhne für die kommunalen Straßenbahnen geregelt. Die Bezirkschiedsstelle verkündete am 23. Dezember einen Schiedsspruch. Danach erhöhen sich die Stundenlöhne für die Führer um 8 Pf., für die Schaffner um 7 Pf. Hausstandsgeld und Kindergeld wird auch für die 9. Arbeitsstunde gezahlt. Die Löhne gestalten sich ab 1. Januar 1928 wie folgt:

a) für den Schaffner: bei der Einstellung 82 Pf. die Stunde, nach 3 Monaten 83 Pf. die Stunde, nach 6 Monaten 84 Pf. die Stunde, nach 12 Monaten 85 Pf. die Stunde. — b) die Fahrer erhalten eine Bulage von 7 Pf. pro Stunde.

Über den Erfolg der Bewegungen kann man geteilter Meinung sein. Vor allem kann nicht befriedigen die unterschiedliche Lohnausbesserung für die Gemeindearbeiter. Die Lohnerhöhung als solche muß als unzureichend bezeichnet werden. Durch den Druck der Schwerindustrie und der Schlichtungsinstanzen sind nicht nur die Löhne der Gemeindearbeiter, sondern auch die der Reichs- und Staatsarbeiter im Verhältnis zur Preisgestaltung arg zurückgeblieben. Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter spielen auch eine erhebliche Rolle bei den Lohnverhandlungen der Gemeinden. Hier ist die Frage aufzuwerfen, wie sich Reich und Staat die Erfüllung des Artikels 151 der Reichsverfassung vorstellen; denn die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter werden sich im Westen Deutschlands zu einer Gefahr für die gesamte arbeitende Klasse aus. Auf Grund der Reichs- und Staatsarbeiterlöhne glaubt der Arbeitgeberverband zunächst einer Lohnerhöhung überhaupt nicht zustimmen zu sollen. Wenn es trotzdem gelungen ist, zu den obengenannten Abschlüssen zu kommen, so kann man dies als einen Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit buchen. Daraan ändert auch nichts der Umstand, daß die Lohnabschlüsse und die Gewerkschaften von gewisser Seite durch die Göse gezogen werden. Die Leute müssen jede Gewerkschaftsarbeit verkleinern und beschmücken, weil es so von Moskau befohlen wird. Dass man damit den Arbeitgeberverband stärkt, die eigene Organisation schwächt, scheint diesen Leuten nicht zum Bewußtsein zu kommen.

Der Organisation die Beiträge zu sperren, gehörte auch einmal in Aachen zu den Mitteln der Unentwegten, um die Aktionskraft der Gewerkschaft zu schwächen. Man sollte fast meinen, daß diese Mitglieder im Auftrage des Arbeitgeber-

verbandes handelten; daß sie ihre Aufgabe darin sahen, die Stoffkraft der organisierten Arbeiter bei jeder Lohnbewegung zu schwächen. Mit solchen Maßnahmen kann man nur den Arbeitgebern dienen, die eignen Klassegenossen, die eignen Kollegen nur benachteiligen.

Es helfen keine radikalen Phrasen, hier hilft nur Mitarbeit bei den gewerkschaftlichen Arbeiten. Parteiparolen haben bei Lohnkämpfen unter allen Umständen auszuscheiden. Nicht eine politische Partei, sondern die Gewerkschaft führt die Lohnbewegungen. Nur kühles, nüchternes Überlegen und Handeln kann uns zum Erfolge führen. Nur einiges und geschlossenes Handeln führt uns zum Ziel.

bz.

## Wirtschaftsbeihilfe, Achtstundentag und Lohnausgleich in Baden

Auch in Baden wurde die Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe im November beantragt, vom Arbeitgeberverband badischer Gemeinden jedoch abgelehnt, auch Verhandlungen hierüber lehnte er glatt ab. Ein zweiter Antrag, dem eine ausführliche Begründung beigegeben war, in der nachgewiesen wurde, daß die Gemeindearbeiterlöhne noch weit hinter der an sich verbessungsbedürftigen Beamtenbesoldung zurückstehen, erfuhr dasselbe Schicksal, auch er wurde ohne Verhandlungen abgelehnt. Im Provozieren und in der Zurückweisung von Arbeitseranträgen läßt sich der badische Arbeitgeberverband von niemand übertriften.

Gleichzeitig war anfangs Dezember von uns der Abschluß einer Vereinbarung über die Einführung der 48-Stunden-Woche, der Regelung der Schichtarbeit und der Vereinbarung eines Lohnausgleichs beantragt worden. Auch darüber lehnte der Arbeitgeberverband Verhandlungen ab. Die Rechtslage sei vielmehr so, schrieb er, daß die Einführung der 48-Stunden-Woche im Lohntarif beschlossen sei, eine Vereinbarung hierüber fasse nicht nötig. Für einen Lohnausgleich sei eine rechtliche Verpflichtung für ihn nicht gegeben, also könnten auch keine Verhandlungen hierüber stattfinden. Falls aber unsererseits diese Rechtslage anerkannt würde, sei er bereit, in eine "Aussprache" über die Gewährung eines Ausgleiches einzutreten. Würde diese "Rechtslage" jedoch von uns nicht anerkannt, so würde eben kein Ausgleich stattfinden. Die Anerkennung dieser Rechtslage, welche den Verzicht auf die Anrufung der Bezirkschiedsstelle von vornherein bedeutet hätte, wurde von uns abgelehnt, dagegen vorgeschlagen, die Rechtslage in der Aussprache selbst zu behandeln, das lehnte der Arbeitgeberverband ab. Er war nur bereit, die Aussprache stattfinden zu lassen, da für ihn keine Veranlassung vorliege, vor einer Schiedsstelle zu erscheinen, er sich auch in diesem Falle nicht von einer Schiedsstelle zwingen lassen brauche. Auch als Einigungsinstanz, wie wir vorschlugen, lehnte er die Schiedsstelle ab. Da unter diesen Umständen keine Aussicht bestand, eine Schiedsstelle zusammenzubringen, oder von einer solchen einen brauchbaren Einigungsverschlag zu erhalten, von einem Schiedsspruch ganz zu schweigen, so wurde unsererseits auf die Anrufung der Schiedsstellen verzichtet.

Während der Aussprache am 19. Dezember hat dann der Arbeitgeberverband die wahre Absicht enthüllt. Wir hatten als Ausgleich einen Zuschlag auf den Ecklohn von 2 Pf. pro ausfallende Arbeitsstunde, also insgesamt 6 Pf. beantragt. Der Arbeitgeberverband bot an, einen Pauschalzuschlag zu zahlen, berechnet mit etwa 3 Pf. auf den Ecklohn, so daß also die an- und ungelernten Arbeiter, die Arbeiterinnen, die Alters- und Ortsklassen nach dem Schlüssel abgestuft würden. Den Wortlaut "pro ausfallende Arbeitsstunde" legte der Arbeitgeberverband dahin aus, daß die Orte, welche bisher schon 48 Stunden als Kurzarbeit gearbeitet hatten, damit sie 1924 die Erhöhung auf 51 Stunden nicht mitzumachen brauchten, den Ausgleich nicht erhalten sollten, da ja dort tatsächlich ein Lohnverlust nicht eintrete. Daß diese Städte schon jahrelang die Arbeit von 51 Stunden in 48 Stunden gemacht bekommen und dadurch schon jahrelang Ersparnisse hatten, davon will der Arbeitgeberverband nichts wissen. Selbstverständlich mußten wir auf einem vollen Ausgleich bestehen, um so mehr, als auch der Arbeitgeberverband die Tatsache einer ganz gewaltigen Rationalisierung der Betriebe und dadurch eine erhebliche Mehrleistung der Gemeindearbeiter nicht in Abrede stellen kann und selbst die Betriebsvorstände zumeist berichten, daß durch die Einführung der 48-Stunden-Woche wenig oder keine Arbeiter notwendig werden. Aber der Arbeitgeberverband nützte die "Rechtslage" aus. Nachdem er sich unseren Gründen nicht entziehen konnte,

aber unsere Anträge auf vollen Ausgleich, und zwar in Form einer laufenden Erhöhung des Ecklohnes nicht zu stimmen wolle, erklärte er einfach, es werde ein Ausgleich von 9 Mk. pro ausfallende Stunde, also bei drei Stunden 27 Mk. Pauschale für die Monate Januar, Februar und März gegeben. Das Lohnabkommen laufe ja am 1. April ab, eine laufende Erhöhung des Ecklohnes könnte nicht vor diesem Termin erfolgen. Er schob also den Kampf um den Ausgleich bewusst auf die Lohnverhandlungen im März-April hinaus, obgleich diese Verhandlungen durch die Dertuerung der Lebenshaltung jetzt schon genügend belastet sind. Da der Arbeitgeberverband erklärte, daß dieser Beschluß ein stimmig und unabänderlich sei, hatte eine weitere Ansprache keinen Zweck mehr, nachdem auch unsererseits gegen dieses Vorgehen protestiert und auf die ganz gewaltige Drispitzung der Verhältnisse hingewiesen worden war, welche die Verhandlungen im Frühjahr durch diesen Beschluß des Arbeitgeberverbandes erleiden werden. So eilig hatte es der Arbeitgeberverband, seinen Diktatspruch zu verkünden, daß er sich sogar darüber nicht klar war, daß die Handwerker zu der Pauschale von 27 Mk. wenn nach dem Schlüssel abgestuft wird, gerechterweise auch die 10 Proz. Handwerkerzulage erhalten müßten. Nachträglich erscheint ihm dies zum Berufsein gekommen zu sein, ebenso, daß Mannheim unter Berücksichtigung seiner Ortszulage etwas mehr erhalten müßte. Insolgedessen hat er nachträglich beschlossen, daß zu der Pauschale von 27 Mk. noch die 10 Proz. Handwerkerzulage gegeben werden und für Mannheim die Pauschale 30 Mk. für Handwerker 33 Mk. beträgt.

Die Ecklohnpauschale beträgt nun in Mannheim 30 Mk., Ortsklasse A 27 Mk., Ortsklasse B 25 Mk., Ortsklasse C und D 23 Mk. Der Verlust für die 39 ausfallenden Arbeitsstunden im Januar bis März ergibt einschließlich des Verlustes der 15 Proz. Mehrarbeitszulage, aber ohne den Verlust der Frauen- und Kinderzulagen in Mannheim 43 Mk., Ortsklasse A 40 Mk., Ortsklasse B 36 Mk., Ortsklasse C und D 33 Mk., so daß die Pauschale etwa 70 Proz. des Lohnverlustes deckt. Die badischen Gemeindearbeiter müssen also einen Lohnverlust von 30 Proz. der Arbeitszeitverkürzung tragen, trotz ihrer Mehrleistungen, trotz der Einsparungen, welche die Städte machen und das gerade zu der Zeit, zu welcher die Städte ihren Bürger- und Oberbürgermeistern, Ehren Bau- und Oberbauräten und Direktoren Gehaltszumwendungen von vielen Tausenden machen werden. Mögen die badischen Gemeindearbeiter die Lehre daraus ziehen, daß sie im Frühjahr gerüstet sein müssen, wenn sie einem moralisch und skrupellosen Gegner gegenüberstehen. Eine Schmach und eine Schande aber ist dieses Vorgehen des Arbeitgeberverbandes für die Verwaltungen derjenigen Städte, welche bisher sich immer noch mit einem Schein von sozialer Einsicht umgeben haben und auf ein früheres gutes Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Arbeiterschaft hinweisen konnten. Unter der Führung dieses Arbeitgeberverbands-Dorstandes wird den badischen Gemeindearbeitern der nötige Klassenstandpunkt vollends eingepaukt werden.

## Aus der Spruchpraxis

Mehrarbeitszuschlag für die Montenre im städt. Gaswerk Heilbronn. Auf Grund des § 6a Abs. 3 des Arbeitszeitnotgeuges vom 14. April 1927 traf der Schlichter für Württemberg-Hohenlohe am 14. November 1927 folgende bindende Entscheidung:

„Die Arbeit der Montenre des städtischen Gaswerks Heilbronn, die in der Früh- und Abendkontrolle der Gasbelichtung in den Straßen Heilbrons besteht, fällt nicht unter die in § 4 Abs. 1 des Arbeitszeitnotgeuges aufgeführten, bei Überarbeit nicht zulagspflichtigen „Arbeiten zur Bewachung von Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des Betriebes bedingt ist.“

Die Überwachungstätigkeit der fraglichen Montenre hat den gew. Sitzungen in der Straßenbelichtung alsbald fühlbar und wenn möglich, sofort zu beobachten. Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen sind z. B. der Dienst der Wächter, Böhrer, einer Feuerwache usw. Die Überwachungstätigkeit der Montenre des Gaswerks ist keine solche Tätigkeit. Sie ist aber auch keine Tätigkeit zur Instandhaltung des Betriebes: das Gaswerk Heilbronn ist in seinem Fortgang keineswegs gefährdet, auch wenn in der Beleuchtung der Straßen eine Störung eintritt. Die Überwachungstätigkeit der Montenre bedeutet vielmehr eine dem ordentlichen Betrieb des Gaswerks zugehörige Arbeit, die der Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeberverband württembergischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vom 29. Juni 1927 unterfällt, soweit diese Überwachung außerhalb der achtstündigen regelmäßigen Arbeitszeit ausgeübt wird: sie ist insofern zulagspflichtig gemäß § 3 der genannten Vereinbarung.“

## Landstraßenwärter

Wolmirstedt. In einer gutbesuchten Betriebsversammlung der Kreisstraßenwärter am 17. Dezember referierte Gauleiter Wachendorf über die Organisierung der Straßenwärter. Im Februar soll ein Baufilm gezeigt werden, Ferner sprach Kollege Wachendorf über die Lohnverhandlungen. Es ließ sich nur eine Beihilfe zu Weihnachten erreichen. Dann wurde über Ruhelohnenfragen debattiert, die noch besser ausgebaut werden müssen. Danach hielt Gärtnereibeamter Mackwardt einen Vortrag über Obstbaumplanzung und seine Pflege. Auch wurde ein Lichtbildvortrag der Firma Celler, Magdeburg, über Schädlingsbekämpfung gehalten.

## Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Hamburg-Niederselbe-Lübeck. Die bisherige Gleichstellung der Lohnsätze Berlin — Hamburg wurde durch eine zwischentarifliche Regelung (Erhöhung der Berliner Lohnsätze ab 1. November 1927 um 5 Pf. für die Stunde) gestört. Hamburg-Niederselbe war bei der Regelung seiner Löhne im September 1927 durch die im Jahresdurchschnitt nur 8 Pf. die Stunde betragende Erhöhung der Berliner Lohnsätze gehindert, über diese hinwegzukommen. Die oben erwähnte Berliner Regelung mußte also eine Ausgleichsregelung in Hamburg zur Folge haben, sollte Hamburg nicht trotz gleicher Lebensverhältnisse hinter Berlin im Lohn zurückbleiben. Diese Nachregelung ist nunmehr erfolgt. Im Wirtschaftsbezirk Hamburg-Niederselbe werden die Lohnsätze ab 20. November um 3 Pf. für die Stunde für alle männlichen und weiblichen Arbeiter über 18 Jahre erhöht. Unter 18 Jahre alte Arbeiter erhalten 2 Pf. Die Erhöhung der Löhne wird durch die Handwerkerausgleichszulage angerechnet, so daß sich die Spanne zwischen dem Lohn des ungelernten und dem des geslernten Arbeiters um 3 Pf. vermindert. Die Gesamtlohnerhöhung beträgt für das Jahr 1927 (Bindung bis 31. März 1928) nunmehr außer der einmaligen Zahlung von 24 Mk. bzw. 15 Mk. und der Rückdatierung der erste ab 1. Oktober fällig gewordene Lohnabrechnung von 4 Pf. auf den 4. September für die Stunde 11 Pf. Der Lohn der Ungelernten bleibt um 1 Pf. gegenüber Berlin zurück. Die Löhne der Geslernten überschreiden die Berliner Lohnsätze um durchschnittlich 7 Pf. Aus der gleichmäßigen ablaufenden Bindung im Frühjahr erahnt sich zwangsläufig ein gemeinschaftliches Vorgehen Berlin-Hamburg zur weiteren Verbesserung der Löhne. Es bleibt im bezirklichen Rahmen besondere Verhandlungen vorbehalten. Obwohl dem Bezirk Niederselbe angeschlossen, wirken doch die Bremer und Kieler Verhältnisse auf die alte Hansestadt ein. Dieserart bringen die politischen Ergebnisse der letzten Wahl den Bremer Kollonen endlich eine Erleichterung und ermöglichen ihnen eine gerechte Anpassung an die Schwesternstädte Hamburg — Lübeck. Kiel wird dabei nicht zu Schaden kommen. Das Ergebnis der Lübecker Sonderverhandlungen ist nach erfolgter Zwischenverhandlung die Anpassung an die Hamburger Vereinbarung. Die Lübecker Lohnsätze betragen demnach ab 20. November 1927:

I Ungelernte	II Angelernte	III Gelernte
Pfennig pro Stunde		
76	79	85
78	81	88
80	83	91

Düsseldorf. In der Mitgliederversammlung am 19. Dezember wurde über die angebauten Verhandlungen wegen Gewährung einer Notzulage und zwischentariflichen Regelung berichtet. Aus dem ersten Bericht ist hervorzuheben, daß der Arbeitgeberverband unter Berufung darauf, daß der Tarif bis zum März des nächsten Jahres läuft, es ablehnte, auf Verhandlungen bezüglich einer zwischentariflichen Regelung sich einzulassen, trotzdem die wirtschaftlichen Verhältnisse seit Bestehen der jetzigen Löhne sich außerordentlich zugunsten der Arbeiterschaft entwickelt haben. — Wegen Gewährung einer Notzulage wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeberverband der GEW-Werke sowie der der Gemeinden es unter Androhung der Verbürgung einer Konventionalstrafe seinen Mitgliedern untersagt hat, den Gemeindearbeitern irgendeine Notzulage zu gewähren. Dieser ablehnende Standpunkt des Arbeitgeberverbandes hat eine tiefe Erbitterung in den Kreisen der Beschäftigten hervorgerufen. In der Diskussion über diesen Punkt wurde von den Versammelten mit Recht betont, daß zwischentarifliche Regelungen oder Notzulagen nur für eine kurze Zeit den Beschäftigten über die Not hinwegheben. Anerkannt wurde, daß es Aufgabe der Organisation sein und bleiben müsse, sich dafür einzulegen, daß die tariflichen Löhne nach Ablauf der Frist den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entsprechend erhöht werden müssen. — Kollege Engersdorff berichtete dann über die Tarif- und Lohnverhältnisse im Wirtschaftsbezirk West-

salen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine reichhaltige Diskussion, nach der folgende Entschließung einstimmige Annahme fand:

„Die am 19. d. M. im Volkshaus versammelten Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nehmen den eingehenden Bericht über die Lohn- und Tarifverhältnisse des Wirtschaftsbezirkes Westfalen entgegen, ebenso auch den Bericht über die angestrengten Verhandlungen zur Herbeiführung einer zwischentariflichen Regelung sowie zur Errichtung einer Notzulage. Die Versammelten nehmen durch diese Berichte Kenntnis von dem ablehnenden scharfmächerischen Standpunkt des Arbeitgeberverbandes und betonen, jetzt erst recht die Organisation zu stärken, da dies die einzige richtige Antwort ist. Die Versammelten erkennen an, daß die Organisation auch in dieser Angelegenheit ihre Pflicht getan hat; sie geloben, nicht eher zu ruhen, bis jeder Beschäftigte in den öffentlichen Betrieben im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert ist. Den für die Metallindustrie gefällten Schiedsspruch betrachten die Gemeinde- und Staatsarbeiter als einen Schlag gegen die gesamte Arbeitnehmerschaft. Die Versammlung spricht den Metallarbeitern, insbesondere den Mitgliedern des DMV, in ihrer ablehnenden Einstellung ihre volle Sympathie aus und verspricht ihnen die weitmögliche Unterstützung zur Überwindung der kommenden Schwierigkeiten.“

**Euskirchen.** In der Versammlung am 16. Dezember gab Kollege Heinrich einen Bericht über die letzte Lohnverhandlung und über die Abstimmung zu dem von der Bezirkschiedsstelle gefällten Schiedsspruch. Hierauf wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der Filiale Euskirchen spricht der Lohnkommission ihr volles Vertrauen aus. Die vorhandenen Mitglieder geloben, mehr noch als bisher für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, damit der Verband bei den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen nach jeder Seite gerüstet ist.“

Es wurde hierauf beschlossen, bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zu den Unterstützungsstühlen der Hauptkasse einen bestimmten Zuschuß aus der Lokalkasse zu leisten. Den pensionierten Kollegen sollte aus Anlaß des Weihnachtsfestes je 10,- Mk. verabfolgt werden. – Zu der Konferenz am 15. Januar 1928 in Köln wurde Kollege H. Schmitz als Delegierter gewählt.

**Magdeburg.** Die Filiale Magdeburg feierte kürzlich ihr dreißigjähriges Jubiläum. Am 21. August 1897 fanden sich 35 Kollegen, vorwiegend Gasarbeiter, zusammen, zur Gründung der Filiale. Großer Mut gehörte damals dazu, sich in einer freien Gewerkschaft zu organisieren; wurden doch alle diese Kollegen vom Staat wie auch von den Kommunen als Umschwüler angesehen. In Verfolgungen schied es nicht. Die Polizei war ständiger Gast in den Versammlungen und wachte mit den Augen des Gesetzes über die Versammelten, damit das Staatsgesetz unangetastet blieb. Trotz aller Schikanen und Verfolgungen zählte die Filiale am Ende des Gründungsjahrs rund 100 Mitglieder. Am Ende des Jahres 1898 waren schon 250 Mitglieder zu verzeichnen, und die Zahl wuchs ständig weiter. Erster Vorsitzender der Filiale war Kollege Borchardt. Er wurde bald gemahnt, Kassierer war Kollege Otto Förster, der nun auf eine dreißigjährige Mitgliedschaft in der Organisation zurückblickt und noch heute als Vorstandsmitglied tätig ist. Erwähnt sei noch, daß außerdem noch sechs Kollegen aus dem Gründungsjahr im Verband sind. Es sind das die Kollegen Karl Heuer, Emil Gödecke, August Hergt, Albert Röhrmann, Albert Reuter und Edmund Brückner. Ferner wurden noch 43 Kollegen, die bereits eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft hinter sich haben, geehrt, indem ihnen ein Diplom überreicht wurde. Unseren jungen Kollegen rufen wir zu: „Haltet der Organisation die Treue! Denkt zurück, was unsere alten Pioniere in der Gewerkschaftsbewegung geleistet haben. Macht es ihnen nach! Noch gibt es in den Betrieben viele Arbeitssuchende. Große Erfolge hat die Organisation im Laufe der Jahre aufzuweisen, aber noch größer werden sie sein, wenn es gelungen ist, den letzten Arbeiter zu holen, um die Front zu schließen. Heran an die Arbeit, so soll unser Kampfruf lauten.“

**Rathenow.** In der Monatsversammlung am 17. Dezember gab den Schreibericht Kollege Ideler. Zur Ortsverwaltung wurden gewählt: Timme, 1. Vorsitzender; Lutz, 2. Vorsitzender; Dehne Kassierer, Pelegri im Schriftführer.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

**Hermann Volkenbuhr †.** Einer der fleißigsten und geachteten Pioniere des Sozialismus, der sechzehnährige Hermann Volkenbuhr, ist am 22. Dezember 1927 in Berlin plötzlich verstorben. Er gehörte zu denjenigen, die als erste unne Droschkenfahrer schon an der Wiege der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands standen. Am 11. September 1851 in Wedel in Holstein geboren, wurde er nach Schulentlassung Zigarrenmacher und trat bald der ersten sozialdemokratischen Organisation Deutschlands bei, dem von Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. So hat der junge Volkenbuhr auch die Zwistigkeiten mit durchgemacht, die zwischen Lassalleanern und Eisenachers bestanden, bis

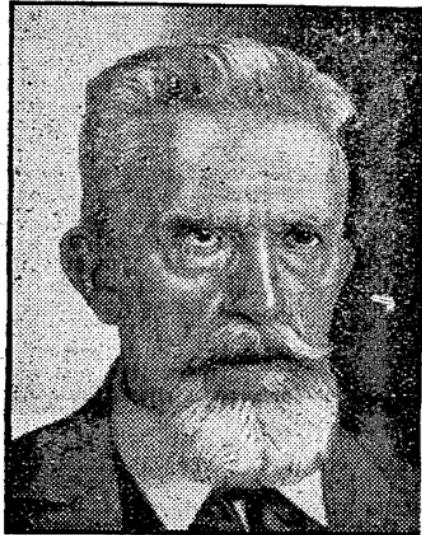
der Kongress von Gotha die streitenden Brüder im Jahre 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei“ vereinigte. Der vierundzwanzigjährige Volkenbuhr war hier nicht nur einfacher Delegierter, sondern wirkte auch eifrig an der Programmgestaltung der neuen Partei mit. Lange sollte die Freude über diese Partei nicht anhalten. Die Schüsse Hödels und Noblings auf den alten Kaiser Wilhelm gaben Bismarck den längst herbeigeholten Anlaß, im Jahre 1878 das Ausnahmegesetz über die sozialistische Arbeiterbewegung zu verhängen und nicht nur die Sozialistische Arbeiterpartei, sondern auch die Gewerkschaften zu zerschlagen. In Hamburg, wo sich der junge Volkenbuhr aufhielt, wurde dieses Schandgesetz besonders brutal gehandhabt durch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. Der auf diese Weise verfolgte Volkenbuhr hat keinen anderen Ausweg, als nach Amerika auszuwandern. Aber schon

Wilhelm gab Bismarck den längst herbeigeholten Anlaß, im Jahre 1878 das Ausnahmegesetz über die sozialistische Arbeiterbewegung zu verhängen und nicht nur die Sozialistische Arbeiterpartei, sondern auch die Gewerkschaften zu zerschlagen. In Hamburg, wo sich der junge Volkenbuhr aufhielt, wurde dieses Schandgesetz besonders brutal gehandhabt durch die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes. Der auf diese Weise verfolgte Volkenbuhr hat keinen anderen Ausweg, als nach Amerika auszuwandern. Aber schon

im Jahre 1884 kehrte er nach Deutschland zurück. Im Jahre 1890 wurde Volkenbuhr in den Reichstag gewählt, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1924 angehörte. Er lehnte dann eine Wiederwahl infolge seines hohen Alters ab. Ebenfalls im Jahre 1890 wurde Volkenbuhr sozialpolitischer Redakteur des „Hamburger Echo“. Von nun an grub er sich mit einem Fleiß in die umfangreiche Materie der Sozialpolitik und der Sozialversicherung hinein, daß er bald und sinnerhein nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei und bei den freien Gewerkschaften, sondern im ganzen Reichstage als eine Autorität auf sozialpolitischem Gebiete galt. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nennenswerte sozialpolitische Fortschritte in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnen hat, so sind sie zu einem großen Teil der überragenden Arbeit Hermann Volkenbuhrs zu danken. Dass eine solche hervorragende Arbeitskraft auch in der Arbeiterbewegung an führende Stelle gesetzt werden mußte, war selbstverständlich. So wählte ihn der sozialdemokratische Parteitag in Bremen im Jahre 1904 als Sekretär zum Mitgliede des Parteivorstandes. – Aber auch kommunalpolitisch war Volkenbuhr stark engagiert. Im Jahre 1907 wurde er in der damals noch selbständigen Stadt Schöneberg bei Berlin Stadtverordneter. Als während des Krieges endlich der Ausnahmezustand der Nichtbestätigung sozialdemokratischer Stadträte aufgehoben wurde, wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg zum Stadtrat. Dort hat er sich auch stets der Interessen der Arbeitnehmer der Gemeinde angenommen. Der Mitarbeiter der Parteiprogramme von Gotha und Erfurt hat auch das Görlicher Programm gestalten helfen und die Begründungsrede dazu gehalten. Der Parteitag in Kiel im Jahre 1927 versetzte den Hochbetagten endlich in den wohlverdienten Ruhestand, wünschte aber, daß er ehrenamtliches Mitglied des Parteivorstandes bleibe. Nun ist der kluge Berater der deutschen Arbeitnehmerschaft dahingegangen. Sie wird ihn zu allen Zeiten als einen ihrer Besten verehren.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Ein Jubiläum des ADGB.** Am Jahresende 1927 waren 25 Jahre vergangen, seitdem die Generalkommission der Gewerkschaften ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegt. Im Anfang war Hamburg die Zentrale der Gewerkschaften. Hamburger Geist und Hamburger praktischer Sinn haben den freien Gewerkschaften die rechte Organisation gegeben; sie führten dazu, daß die zentralistische Auffassung über den Lokalismus den Sieg davontrug. Die Vertreter des Zentralisationsgedankens wollten starke Gewerkschaften schaffen, die imstande waren, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer beim Arbeitsvertrag zu verwirklichen. Reichsverbände mit starken Kassen, gute Unterstützungsseinrichtungen, eigene Arbeitsnachweise. Die Zentralisten vertreten die Auffassung, daß der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, um Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit — kurzum praktische Sozialpolitik ebenfalls Klassenkampf sei als der von den Lokalisten stark bevorzugte nur politische Kampf. Solche Gewerkschaften konnten nach Lage der damaligen Dinge vorausahnen nur unpolitische Organisationen sein. Für den Aufbau der zentralistisch organisierten freien Gewerkschaftsbewegung war die Übersiedlung der Gewerkschaftszentrale nach der Reichshauptstadt ein Gebot der Notwendigkeit.



Die Uebersiedlung war verbunden mit der Schaffung eines Zentralarbeitersekretariats, das nur in Berlin, am Sitz des Reichsversicherungsamtes, wirken konnte. Und so wurde mit 119 gegen 31 Stimmen die Errichtung des Zentralarbeitersekretariats und mit 104 gegen 47 Stimmen die Sitzverlegung der Generalkommission nach Berlin beschlossen. Ende des Jahres 1902 ging der Umzug vorstatten. Als neues heim der Gewerkschaftszentrale wurde das zwei Jahre zuvor fertiggestellte Gewerkschaftshaus am Engelusser erkoren, das die Zentrale bis zum Inflationsjahr 1923 innehatte. Die starke sozialpolitische Arbeit der Generalkommission hätte unmöglich von einem anderen Platze als von Berlin aus so erfolgreich geleistet werden können. 25 Jahre in Berlin! In diesem Vierteljahrhundert hat sich die Gewerkschaftsbewegung die Reichshauptstadt und damit erst endgültig das Reich erobert sowie tatsächliche und verfassungsmäßige Anerkennung errungen. Von der 1902 gewählten Generalkommission befinden sich in ihrem Ehrenamt noch Sabath (seit 1893, Mitglied der GK), Hermann Kube (seit 1902) und Alexander Knoll (seit 1902). Für Hermann Kube gewinnt dieser Tag noch eine besondere Bedeutung, denn er wurde am 1. Januar 1903 als besoldeter Kassierer im Bureau der Generalkommission angestellt und feiert demnach jetzt sein fünfundzwanzigjähriges Dienstjubiläum. Er hat seine volle Befriedigung darin gefunden, die Finanzen der Generalkommission und des Bundesvorstandes musterhaft zu verwalten und seine reiche geschäftliche Erfahrung auch anderen wirtschaftlichen Einrichtungen der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Volksfürsorge, der Verlagsgesellschaft, der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der Dewog, nutzbar zu machen.

**Alexander Knoll**, der heute sein 25jähriges Amtsjubiläum feiert, hatte bereits während der Zeit vom 1. Mai 1906 bis zum 1. Juli 1907 den Posten eines besoldetenstellvertretenden Vorsitzenden der Generalkommission bekleidet, war dann aber zu seinem früheren Posten als Vorsitzender und Redakteur des Steinseherverbandes zurückgekehrt. Erst am 1. Oktober 1919 kehrte er als Sekretär in das Bureau des Bundesvorstandes zurück, wo er seitdem die Sozialpolitische Abteilung und das Bildungswesen leitet. Die Gewerkschaftsbewegung hat ihm viel zu danken, ebensoviel sein Berufsverband, dem er eine Geschichte der Steinseherbewegung geschenkt hat.

**Hutmacherverband** lehnt durch Urabstimmung Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiterverband ab. An der Anfang Dezember vorgenommenen Urabstimmung haben sich von 18 148 Mitgliedern 9378, das sind rund 52 Proz. beteiligt. Unzählig waren 85 Stimmen. Für die Verschmelzung wurden 5109 Stimmen abgegeben, gegen die Verschmelzung 4184 Stimmen. An der für eine Verschmelzung erforderlichen Zweidrittelmehrheit von 6108 Stimmen fehlen rund 1100 Stimmen. Die Verschmelzung ist damit zum dritten Male abgelehnt. „Der deutsche Hutarbeiter“ sagt dazu:

„Offen bleibt nun die Frage, ob auf der Generalversammlung 1928 die Frage der Verschmelzung aufgeworfen wird, und wiederum, wie in Breslau, von den Befürwortern Anträge gestellt werden, daß für die Verschmelzung die Abstimmung nicht mit Zweidrittelmehrheit, sondern mit einfacher Mehrheit entscheiden soll.“

## Rundschau

**Kollege Altwater 25 Jahre Gauleiter des Verbandes.** Am 1. Januar 1928 waren 25 Jahre verflossen seitdem die Verschmelzung der „Freien Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs“ mit dem „Verband der in Gemeinbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten“ (wie unser Verband damals hieß), erfolgte und Kollege Altwater Angestellter des Verbandes wurde. Dieser Erinnerungstag führt uns bis an die Wiege der Organisation der süddeutschen Gemeindearbeiter zurück. In ihr hat unser Jubilar von Anfang an gewirkt. Sein Name ist mit der süddeutschen Gemeindearbeiterbewegung verwachsen. Kollege Altwater, von Beruf Maurer, trat bereits im August 1885 seiner Berufsorganisation bei. Im Frühjahr 1898 unternahmen Stuttgarter Gemeindearbeiter Versuche, eine Organisation zu schaffen. Eine Versammlung am 5. März beschloß die Gründung des „Vereins der städtischen Arbeiter“. Diesem Verein trat Altwater am 19. März bei und übernahm bald eine führende Rolle. Trotz eifrigster Werbearbeit und vieler Neuaufnahmen in den Verein zählte dieser am Jahresende 1898 erst 192 Mitglieder. Die gewerkschaftliche Überzeugung der meisten Mitglieder war eben noch allzu locker, so daß die Wiederaustritte ebenfalls sehr groß waren. Ebenso schwierig war es, die junge Organisation auf die übrigen Städte Württembergs zu verbreiten. Am 18. Februar 1900 beschloß aber eine Konferenz in Cannstatt die Gründung des „Vereins städtischer Arbeiter Württembergs“. Mühseliger Arbeit, bei der Kollege Altwater allen voran, gelang es nur die Filialen Cannstatt und Heilbronn zu halten. Eßlingen ging verloren, bildete einen Verein für sich und führte sogar den Kampf

gegen den Verein der städtischen Arbeiter Württembergs. Natürlich versuchten auch die Stadtverwaltungen durch Maßregelungen, Schikanen usw. die junge Gemeindearbeiterorganisation niederrzuringen. Allen voran der Oberbürgermeister Hegelmaier von Heilbronn, der dem Kollegen Altwater als Versammlungsreferenten und anderen Kollegen eine Bekleidungsklage anhing. Der Prozeß endete aber nach 1½ jähriger Dauer mit einer Blamage für Hegelmaier. Dieser zog die Klage schließlich zurück. Wiederholte Versuche, eine Verschmelzung mit dem Verband der in Gemeinbetrieben beschäftigten Arbeiter herbeizuführen, scheiterten. Am 9. September 1900 wurde aber ein Kartellvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen unsere „Gewerkschaft“ obligatorisch für die „Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs“ eingeführt wurde. Erst am 9. November 1902 stimmte ein außerordentlicher Derbandstag der „Freien Vereinigung“ der Verschmelzung zu. Dies wurde am 1. Januar 1903 perfekt. 605 Mitglieder traten zu unserem Verbande über. In Stuttgart wurde ein Sekretariat des Verbandes errichtet, das Kollege Altwater als Gauleiter übernahm. Von hier aus verbreitete er den Organisationsgedanken unter den Gemeindearbeitern Süddeutschlands über Württembergs Grenzen hinaus, bis in München und Mannheim Anfang 1906 ebenfalls Gaubureaus des Verbandes errichtet wurden. Altwaters Tätigkeit blieb von nun ab wieder auf Württemberg beschränkt. 25 Jahre lang steht unser Jubilar nun auf seinem Posten. In dieser Zeit hat er die Organisation in seinem Heimatlande ausgebaut und vertieft. Aus den 605 Mitgliedern beim Übertritt sind 5780 geworden. Heute ist kaum noch ein größerer Ort in Württemberg, in dem unser Verband nicht festen Fuß hat. Wir freuen uns, den 55jährigen noch in voller Kraft zu sehen und wünschen ihm, daß er noch recht lange der Organisation in alter Frische und fröhlichem Drausgängertum erhalten bleibt.

**Die überflüssige Teno.** Aus einer dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die Tätigkeit der „Teno“ erfährt man, daß diese seinerzeit geschaffene „Nothilfe“ heute ganz überflüssig geworden ist. Die Organisation vermag keine Zahlen anzugeben und Angaben zu machen, die erkennen lassen, daß ihr weiterer Bestand noch gerechtfertigt ist. Sie selbst gibt zu, daß eine Verringerung des Nothilfesbestandes notwendig war, da die Einkünfte und Anforderungen bedeutend zurückgegangen sind. Der Bestand betrug am 1. Januar 1927 rund 366 000 Nothilfer gegen 421 000 am 1. Januar 1925. Auch der hauptamtlich tätige Personenkreis ist verkleinert worden; einschließlich der Bureauhilfskräfte verringerte er sich von 445 Köpfen im Jahre 1923 auf 227 Ende 1926. Die bisherige Zahl der Landesbezirke hat sich auf 13 verringert, und die der Landesunterbezirke auf 39. Damit ist der Zustand erreicht, daß über die Hälfte der im Jahre 1923 bestehenden Landesunterbezirke aufgelöst worden ist. Das ist das Selbstverständnis der eigenen Überflüssigkeit. — Noch interessanter wird die Denkschrift, wenn man die Zahlen bezüglich der Einstellung der Technischen Nothilfe prüft. Man erfährt, daß die „Teno“ im Jahre 1926 ganze 81 mal eingesetzt wurde. Daran waren 2785 Nothilfer beteiligt, die 45 607 Arbeitsstunden leisteten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die „Teno“ im Jahre 1926 rund 2,8 Millionen Mark gekostet hat, und man hält dagegen die geleisteten Arbeitsstunden, so kommt man zu dem Ergebnis, daß jede Arbeitsstunde rund 62,50 Mark gekostet hat. Ein derart teurer Apparat ist eine Last, und es wird Zeit, daß die Reichsmittel endlich aufhören zu fließen. Das Geld kann zu Zwecken verwandt werden, wo es nötiger ist. — Nicht unwichtig ist auch die Feststellung, daß die „Teno“ jetzt fast nur noch in Tätigkeit tritt, wenn plötzliche Naturereignisse am menschlichen Gut und Besitz Verwüstungen anrichten. Sie ist hauptsächlich bei Hochwasserkatastrophen, Moor- und Waldbränden eingesetzt worden. Jede geringe Tätigkeit wird aber sorgfältig ausgezählt. In den meisten Fällen handelt es sich vielfach darum, den unglücklichen Betroffenen die notwendige Hilfe nicht zu versagen, wozu auch jeder endere bereit ist, der nicht der Technischen Nothilfe annehmbar. Die „Teno“ aber macht daraus eine große Aktion und stellt es so dar, als ob ohne ihr Einsetzen ein unermesslicher Schaden anrichtet worden wäre. Im übrigen sind für solche Fälle soviel Arbeitslose vorhanden, die gerne helfend eingreifen und lange nicht so teuer werden, als wenn dauernd ein großer Apparat unterhalten wird, der in der beschäftigungslosen Zeit die meisten der zu seiner Unterhaltung hinausgeworfenen Helden verschlingt. Neher die Zusammensetzung der Nothilfer erfährt man, daß etwa 22 Proz. Landwirte sind, 21 Proz. Techniker, 16 Proz. Angehörige freier Berufe, 13 Proz. Handwerker, 12 Proz. Frauen, 10 Proz. Arbeiter und 6 Proz. Studenten und Schüler. Daß die Landwirte die Mehrzahl stellen, überrascht nicht, fällt doch hier die Auffassung der „Teno“ auf den am besten geeigneten Boden. Aber allmählich wird auch hier die Erkenntnis reifen, daß diese Einrichtung überflüssig ist und mehr Schaden stiftet, als Gutes vollbringt.

## • Eingegangene Schriften und Bücher •

**Führer durch das gesamte Fürsorgegewesen, Ausgabe B. Geöffnete Angestellte und Arbeiter, von Ministerialrat a. D. Falkenberg und Ministerialratmann a. D. Thommen. Verlag Sennel & Co., Berlin W. 30. Preis kartoniert 4 Mk. 175 Seiten.**

Dieses Buchlein ist ein ausserordentlicher Ratgeber auf dem Gebiete sozialer Fürsorgemaßnahmen für die Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen einschl. der Reichspost und Reichsbahn. In Hand der leichtfachlichen Erklärungen in den Angestellten und Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich über die ihnen bei Krankheit, Dienstunfähigkeit und Alter sowie für die hinterbliebenen zu stellenden Fällen aus den reichsgerichtlichen Urteil-, Kranken- und Invalidenversicherungen erschöpfend zu unterrichten. Für die Angestellten und Arbeiter des Reiches und Preußens sowie der Reichspost und der Reichsbahn sind die besonderen sozialen Bestimmungen aus den für sie geltenden Tarifverträgen mit berücksichtigt. Ein reiches Zahlenmaterial und Statistiken gibt einen Überblick über die Entwicklung dieser Versicherungen und eine Darstellung über die Ergebnisse der Durchführung der Bestimmungen, insbesondere auch in Bezug auf die Leistungen. Ein sorgfältiges Sachregister ermöglicht eine schnelle Orientierung. Diese Schrift können wir allen Kollegen zur Anschaffung empfehlen.

**Johann Sebastian Bachs Notenbüchlein für Anna Magdalens Bach (1725). Verlag D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2. Preis gebunden 4.50 Mk.**

In diesem Notenbüchlein, das 124 Seiten aufweist, ist ver sucht worden, ganz annähernd nach dem Original die verschiedenen kleinen Werke herauszubringen. In einem Vorwort von Dr. Richard Hauß wird eingehend dargelegt, in wie wunderboller Weise Bach es verstanden hat, auch in einfachen Sägen schwere musikalische Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Wenn man bedenkt, daß die erste Herausgabe dieses Büchleins schon im Jahre 1908 erfolgte und jetzt bereits die sechste Ausgabe heraus kommt, so ist daraus allein zu ermessen, daß wir wieder in einer neuen Hera Bachsches Werk leben. Bach und Mozart blieben auch der heutigen Menschheit trotz moderner Musik und Jazz so viele Untergangen, ja sie geben zum Teil geradezu Verbindungen für neuere Kunst, so daß es ganz erstaunlich erscheint, warum die wunderbaren einfachen musikalischen Sägen dieses Büchleins solchen Anfang finden. Es ist auch ganz erfreulich, daß nicht bloß, wie man häufig glaubt, die Schlagermusik zu großen Auf lagen kommt, sondern, daß auch diese gute Musik offenkundig ein großes Verständnis in breiten Kreisen gefunden hat.

**Meiers Lexikon in 12 Bänden. Siebente, völlig neu bearbeitete Ausgabe. Lieber 160.000 Artikel und Darstellungen auf etwa 21.000 Spalten Text mit rund 5000 Abbildungen, Karten und Plänen im Text; dazu etwa 755 besondere Bildertafeln (darunter über 100 farbige) und 280 Kartenbeilagen und Stadtpläne sowie 200 Text- und statistische Übersichten. Band 7 (Korrektor bis Marunke) in Halbleder gebunden 30 Mk. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.**

Den Glücklichen, die sich 1924 entschlossen haben, monatlich 5 Reichsmark für ihre Allgemeinbildung einzulegen, legt das Bibliographische Institut in Leipzig nun den siebten Band der neuen Ausgabe von "Meiers Lexikon" auf den Weihnachtstisch. Der Verfasser der sieben Bände, dem die monatliche Abzahlung anfangs vielleicht manchen Seufzer kostete, ist auch doch keinen Rausch trocken, wenn er die kritische Reihe der Idiomen und Idiastilen so reichen Bände vor sich sieht. Beziehungsweise ist er in seinem siebten Bande, der ihm nun schon bis zum Stichwort „Marunke“ über unter gesamtes Wissen Auskunft gibt. Aus dem Reichtum an Darstellungen aus allen Gebieten, über die man oft nur in schwer zugänglicher Literatur etwas findet, seien genannt der zehn Spalten lange Artikel „Ariëngewerkschaft“, bei dem wir uns mit Webmutter an Prof. Riedel und anderen Porträts erinnern, der Artikel „Marmelschacht“ mit seinen verhangenen Stoffen „härte“ und „wärte“, den umfassenden Artikel „Landwirtschaft“ sowie die Biographien „berühmter“ Zeitgenossen. Nieden, Lüendorff, Venlo, Berndt, Wahraun, Maibaum, Pünzer, Lenin, Graffin, Lunacharskij, Blond George, Voss usw. Unter den bunten Tafeln sind bemerkenswert die der Kostüme alter Zeiten, der Landhäuser (darunter zwei englische und eins von Taut) und die des Löwen nach einem Bild von W. Kuhnert. Viele schwarze Tafeln und zahllose Abbildungen im Text machen die Lektüre der Artikel zum Vergnügen. Die in Meiers Lexikon immer sehr geläufigen illustrierten Textbeilagen sind wieder kurz vertreten und unterrichten über wichtige technische Gebiete: Kraftwagen (sechs Seiten), Krane und Winden (vier Seiten), Aufzugsförderung (sechs Seiten), Lampen (vier Seiten), Beuchtagsbereitung (vier Seiten) und viele andere. Pustet und Pustetverleih sind eingehend behandelt. Besondere Erwähnung verdient die Textbeilage „Kurs und Kurszettel“, auf acht Spalten wird da eine verstaufende Menge von Wissenswertem dargestellt, namentlich bezüglich der Börsenbörsen, lernt man, daß ein Warentarifzettel ohne eine genaue Erklärung gar nicht zu verstehen ist. Der Preis von 30 Reichsmark ist gering, wenn man bedenkt, daß man für einen modernen, auch in Halbleder gebundenen Roman, der feinerlei Tabellen, Landkarten, Abbildungen aber gar Bildertafeln enthält und etwa ein Drittel des Umfangs hat, 10-14 Reichsmark bezahlen muß.

**„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Herausgegeben von Dr. Buns, Berlin der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins. Die Zeitschrift will auf einem Gebiete, das heute noch ganz von bürgerlichen Lesezügen beherrscht wird, ein Führer und Berater sein. Neben Artikeln sprachwissenschaftlicher Natur enthält das erste Heft die Abdrücke „Englisch für Anfänger“ und „Englisch für Fortgeschrittenen“. Texte aus ausländischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen dienen zur Belehrung und Unterhaltung. Ein besonderer Abschnitt handelt von den Hauptthemen in der deutschen Sprache. Der Preis der 24 Seiten starken Zeitschrift beträgt für das Vierteljahrssonnement (3 Nummern) 1 Mk. Bestellungen sind zu richten an die Parteibuchhandlungen oder an die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W. 37, Biesenstr. 6.**

**Weltkrimine, die schönsten Weltbücher in Umrissen. Monatlich ein Heft mit spannend-schönen Umrissen von sechs bis acht modernen Werken und mit vielen guten Bildern. Preis einschließlich mehrfarbigem Kunstdruck nur 80 Pf. Gründliche Verlagsabhandlung, Stuttgart. — Durch sein ausgearbeitetes, kräfte Umrisse weichen Werke erster Dichter, Dramatiker, Romanciers, Forscher und Staatsmänner analysiert. Ganz ohne partizipative oder kritische Einstellung, nur von der Idee ausgehend, eine lehrreiche Übersicht, eine Erfassung des Hauptgedankens zu geben, sind diese Hefte mehr als eine bloße Lektüre. Sie sind eine durchaus neuartige, vollkommen würdige Ergänzung jeder Literaturgeschichte, wichtig vor allem für den, der den Geist richtig verstehen lernen will. Ausgezeichnet ist weiter die Ausstattung in Schrift und lebendigem Bild. Bezeichnungen, seltene und neue Porträts und Bühnenbilder helfen den Einbruck abzurunden und verstärken. Der Preis für ein Heft in mehrfarbigem Offset-Kunstdruck beträgt 80 Pf. Es wird außerdem von der „Weltkrimine-Verlagsgemeinschaft“ bekanntgegeben, daß dem Dauerabozienten am Schluß jedes Jahres die gleichmäßige Einbanddecke kostenlos geliefert wird.**

## Einbanddecken u. Inhaltsverzeichnisse für „Die Gewerkschaft“ 1927

werden wieder in der bekannten Ausführung hergestellt; desgleichen auch für „Die Sanitätsärzte u. Beamten-Gewerkschaft“. Die Inhaltsverzeichnisse werden kostenlos geliefert. Die Einbanddecken werden zum Selbstkostenpreis von 75 Pf. abgegeben. Ungebundene Jahrgänge der Verbandszeitungen, auf gutem Papier gedruckt, sind ebenfalls leserbar und kostet „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“ je 2.50 Mk. „Die Sanitätsärzte“ 2.— Mk. In Originaleinband gebunden, kostet „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“, auf gutem Papier gedruckt, Ganzleinenband, je 4.25 Mk. „Die Sanitätsärzte“ 3.75 Mk. Bestellungen, die in der Reihe ihres Eingangs sofort nach Fertigstellung der Einbanddecken erledigt werden, bitten wir zu richten an die Expedition

**„Die Gewerkschaft“ Berlin SO 36  
Schlesische Straße 42**

## Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung

Herausgegeben vom Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
**Eine Neuerscheinung**

in dieser Sammlung ist: Heft 26/27

### Der Kampf um die Seelen der Arbeiter

Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland-Westfalen

**von JOSEF GERBRACHT**

Aus dem Inhalt:

Struktur der Industrie und die Fehlungsgründe für die gewerkschaftliche Organisation; Lassalle und die christlich-soziale Bewegung; Die Gründung eines neuzeitlichen Bergarbeiterverbandes; Der große Bergarbeiterauftand 1839; Die kaiserlichen Erlassen und die Enzyklika Leo XIII. Der Essener Meineidsprozeß; Der Streik um die Beibehaltung der katholischen Feiertage; Die Bischöfe marathieren auf Unterwerfung oder nicht und der Kölner Gewerkschaftsprozeß; Die Bewegung der Gemeindearbeit u. a.

Abteilung: Pötsch und Schriften, Berlin SO 36, Schlesische Straße 42

*Wünscht uns!*

Postkarte

Spart nicht am Samen, Kauf nur das Beste. Und sonst ist Eure Mühe, wenn der Samen versagt. Die gute Adressat ist hochkennfähig wie immer. Verlangt noch heute kostenfrei den neuen Katalog mit billigen Preisen. Schreibt gleich!

Adressat-Samenbuch Adler & Co., Erfurt 64

Teilzahlung! Katal. frei!

### Photogr. Apparate

Katalog A. (F)

Uhren, Goldwaren, Brillanten, Metallwaren Katalog B.

L. Römer, Altona-Othmarschen 13



### Ein schönes Weihnachtsgeschenk

abel billig, ist unsere Garnitur Nr. 8, 4-teilig wie Bild, bequeme Klubform, stabile Werkarbeit zu nur Mk. 55.— weiß gebiebt, mit Stütz- und Rückenpolster, Mk. 90.— (brau gebiebt je mit 10 % Anschlag). Einzelne Klubsohle 1/4 der Garniturpreise. Lieferung gegen nur 1/4 Anzahlung, Mk. 8.— bis Mk. 5.— Wochenzahlung. Vorauskasse 10%. Rabatt. Bestellen Sie zeitig. Reichhaltiger Katalog auf Wunsch. Tischdecke Mk. 5.— Kerbmöbelfabrik "Mercedes", Daiber & Geiser, orch. (W.Dritt)

### Reellste Bezugsquelle:

### Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2,50, dies. beste Qualität 1,30, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5,00, 1/4 Daunen 0,75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4,00 und 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la. Volldaunen 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garantie. Versand gegen Nachr. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtigfall. nehme auf meine Kosten zurück. Willy Manteuffel, Gänsemarkt, Begr. 1852. Neutrebbin 3b (Oderbr.)

### Musik-Instrumente

aller Art in bester Qualität liefert auch auf Teilzahlung



Clemens Neuber

Musikwaren-Fabrik (F)

Klingenthal 1, Sa. 51

### Fest die Urania!

**Die neue Sprech-Ap.**  
ausführ. Aufkl. Schrift u. Praktikatalog 85.  
Sie erhält aus erster Hand wirklich solide  
20m. zu 80f. 24,35,60,78,93 bis zu 4,60m.  
Kein Federbruch durch Überdrehen (DRP).  
Klar, vollkommen. Naturton. Ganz fl. Abholung.  
Schallplatte erst. Firmen woch. ab 15 Pfd.  
wiederhol. O. Grahl, Leipzig. & 85  
Birnitz-Ring 36

Billigste u. reellste  
neuen Gänsefedern  
Bezugsquelle in  
wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen  
Pfd. 3,00, dieselben doppelt gerupft 3,50,  
kleine Federn Halbdaunen 5,00, sehr zarte  
6,00, dreiviertel Daun. 6,50, gerupft, gerissene  
Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75,  
allerfeinste 7,50, la. Volldaunen 9,00 u. 10,50. Für  
reelle staubfr. Ware Garantie. Nehme nichtgew.  
auf meine Kosten zurück. Versand gegen  
Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung  
Von der Gans, Gänsemarkt, Begr. 1852. Neu-Trabitz 3, Federbruch 1

### Sprechmaschine

12 Mon.  
15 Qualitäts  
auch gegen bequeme  
Raten. Alle sonstigen  
Musikinstrument Nürn-  
berger Spielwaren.  
Katalog kostenlos  
Benedikt-Schulz, Böhme 111

### Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine gutfüllende Sorten  
Ein kg. graue, geschliss. M. 3.—  
halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—  
bess. M. 6.—, 7.—, daunenweiche  
M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—  
14.—, weiße ungeschliss. M. 7,50  
9,50, best. Sorte Mk. 11.— Versand  
portofrei, zollfrei gegen Nachr.  
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sachsel, Löbes Nr. 260, B. Plzen, Böh.

**Echter Hanewacker**  
der berühmte Nordhäuser  
Kautabak

### Obstweine

(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeer-,  
Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brom-  
beer-, Kirsch-, Wermutwein usw.)

**Edelobst-Marmeladen  
u. Gelees, Fruchtsäfte,  
Alkoholfreie Frucht-  
moste,**

**Gemüse-, Pilz- und  
Früchte-Konserven**  
empfiehlt in ganz erstklassiger Ware  
billigst

Fritz v. Friesenache Gartendirektion,  
G. m. b. H.,  
Rötha bei Leipzig. (F)  
500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen.  
Versand in Korbflaschen, Fässern und  
Flaschen.

**Preislisten auf Wunsch portofrei.**  
Vertreter in allen Orten gesucht

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachab- und eine Kapsel gratis  
bei Einsendung dieses Inserts und Bestellung  
einer Uhr zum Preise von 6,50 Mk. oder mehr

### Reklamepreis nur 4.— Mk.

alte deutsche Herren-Armbanduhr Nr. 52, stahl verziert, in 30 stündiges Werk, genau reguliert	aus 4,00 M.
Nr. 53 dieselbe mit Schmuck	aus 4,50
Nr. 51 die, echt verziert in Goldrand u. Schmuck	aus 6,50
Nr. 55 dieselbe mit bessarem Werk	aus 12,00
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz verziert	aus 7,50
Nr. 39 Damenuhr, verziert, mit Goldrand	aus 10,00
Nr. 79 kleine, kleines Format	aus 16,00
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Steine	aus 0,25
Panzerkette, verziert, 0,50 M., echt verziert	aus 1,50
echt verziert nur 2,00 M., Golddeubelkette	aus 6,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Ritter	aus 8,00
Nr. 44 dieselbe, kleinere Form mit bessarem Werk	aus 12,00
Wien-Weisse Berlin 224, Zossenerstr. 8	aus 3,00

### Lungenkranke

trinkt Apotheker v. Lüthmann's Pulmosanöl oder  
Sirup (auch in Pillen) bei Husten, Heiserkeit,  
Bronchialkatarrh. Prof. Dr. K. schreibt: Schon nach  
wenigen Tagen trat Besserung ein. Nachtschweiß  
hört auf, Appetit, Gewicht, Befinden heben sich  
in allen Apotheken oder von Apotheker v. Lüthmann,  
Nenwarp, 145 B. i. Pommern.

### Halb verschenkt!

Bei 190 cm. Deckenlänge  
kostet 1 m nur 2,50 b. 4 Mk.  
Das prakt. Geschenk für Ge-  
burtstag, Weihnacht, Hoch-  
zeit, Wandervögel, bleibt  
eine federweiche, imitierte,  
ca. 2 und 3 Pfund schwere

### Kamelhaardecke

4,80 u. 7,70 Mk. ohne Nach-  
nahme. Sammelbest. 10 %.  
Rab. Stand u. Dienstst. ang.  
Oskar Berndt, Sollnhoferstr. 7/8,  
Gegr. 1900. Gerichtl. eing. Pa

Preiswerte garantiert  
gute, gebrauchte.

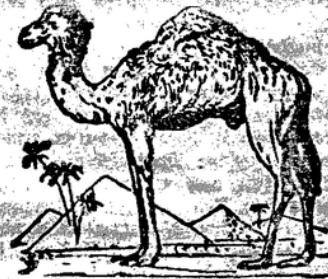
### Pianos

Auch Monatsraten,  
ohne Anzahlung

Herer, Berlin,  
Prinzenstr. 901 Btr.  
Wertheimnähe (F)

### Wunderkamm

„NISSKA“  
befreit in 2 Stunden  
Kopfklüse samt Brut  
Aerztl. empfohl. Preis  
3 Mk. und Porto. (F)  
Sanftes Versand. B. Bölling  
München 8, Reichenbacht. 23



### Feinstes Tafel-Pflaumentis

garantiert, unübertroffen im Geschmack.  
Dankschreiben u. Nach-  
bestellungen fortgesetzt

10-Pfd.-Postreimer . . . . . M. 3,60  
25 - Bahneimer . . . . . M. 8,50  
30 - praktische Emailleelheimer M. 10,50

### Ia. Speise-Syrup

10-Pfd.-Postreimer . . . . . M. 1—  
Tafel-Senfgurken die 8-Pfd.-Postdose . . . . . M. 4,75  
ab hier, unter Nachnahme.

Fritz Kleine, Magdeburg-Fr. 199.

### Größte Produktion der Welt!

